

Josef Schüßlburner

C. VII

**FPD in den Verfassungsschutzbericht: Liberalextremismus als
verfassungsfeindlicher Liberalismus statt
Nationalliberalismus**

Stand: 22.08.2021

„Die wirklichen Liberalen sitzen längst nicht mehr bei der FDP.“ Sie sitzen überall dort, wo ein stilistischer und moralischer Endsieg des Menschen ... über den Deutschen ... angestrebt wird.¹

Der gesamte Liberalismus hat einen Todfeind, einen unüberwindlichen Gegensatz wie Gott den Teufel: dem Menschen steht der Unmensch ... stets zur Seite.²

Mein Freund ist Ausländer!³

Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat 1952 die „rechte“ Sozialistische Reichspartei (SRP) verboten, weil sie „rechtsradikale Ideen neu beleben“ würde, die „im Gegensatz zum Liberalismus“⁴ stünden. Dies legt die Vermutung nahe, daß der mit Verfassungsprinzipien umschriebene „Liberalismus“ letztlich das Schutzgut der einen bundesdeutschen Demokratie-Sonderweg⁵ konstituierenden Parteiverbotskonzeption darstellt. In diesem Falle würde sich von vornherein die Annahme verbieten, es könne einen verfassungsfeindlichen Liberalismus geben. „Verfassungsfeindlich“ wären vielmehr allein die im Widerspruch zum Liberalismus stehenden politisch-weltanschaulichen Ideen, deren „Ausscheiden“ aus dem politischen Diskurs nach Ansicht des Bundesverfassungsgerichts⁶ wesentlicher Zweck der singulären bundesdeutschen Parteiverbotskonzeption darstellt. Durch die amtliche Identifizierung, die letztlich auf eine mit dem Mittel des Parteiverbots erzwungene Identifizierung mit liberalen Ideen hinausläuft, müßte dann die Bundesrepublik Deutschland als *der* liberale Staat schlechthin beschrieben werden.

Dieser Schlußfolgerung steht, abgesehen davon, daß hier ein „Liberalismus“ mit doch nicht sehr liberalen Mitteln erzwungen erscheint, die Einsicht desselben Bundesverfassungsgerichts entgegen, wonach wegen der massiven Einschränkung der Meinungsfreiheit, die das letztlich als Ideenunterdrückung konzipierte bundesdeutsche Parteiverbotssystem bedeutet, es „also kein Zufall“ sei, „daß die liberalen Demokratien des Westens ein Parteiverbot entsprechend Art. 21 Abs. 2 GG nicht kennen.“⁷ Damit wird eher die Schlußfolgerung⁸ plausibel, wonach das „Grundgesetz der (sic! *Anm.*) Bundesrepublik ... keine liberale, also wertneutrale Verfassung im amerikanischen Sinn, sondern eine „wertgebundene Ordnung“ sei. „Im internationalen Vergleich ist dies ein „Novum“ und „Unikum“ zugleich. Auch das Bundesverfassungsgericht

¹ So Caspar von Schrenck-Notzing, *Charakterwäsche. Die Politik der amerikanischen Umerziehung in Deutschland*, 1993, S. 15 zu einer Einschätzung des Schriftstellers Günther Grass bzw. *GraSS* (SPD).

² So Max Stirner, *Der Einzige und sein Eigentum*, 1845, S. 185.

³ S. dazu Michael Behrens / Robert von Rimscha, *Politische Korrektheit in Deutschland'. Eine Gefahr für die Demokratie*, 1995, S. 122 f.

⁴ S. BVerfGE 2, 1, 15 und 23.

⁵ S. dazu Josef Schüßlburner, *Demokratie-Sonderweg Bundesrepublik. Analyse der Herrschaftsordnung in Deutschland*, 2004.

⁶ S. BVerfGE 2, 1, 73 f.

⁷ S. BVerfGE 5, 85, 135.

⁸ S. Mathias Brodtkorb, *Metamorphosen von rechts. Eine Einführung in Strategie und Ideologie des modernen Rechtsextremismus*, 2003, S. 113.

betont in seiner Verbotsentscheidung gegen die KPD daher, daß die deutsche Verfassung sich in diesem Punkt von klassisch liberalen Verfassungen fundamental unterscheidet und begründet diesen Unterschied mit der historischen Erfahrung des Nationalsozialismus.“

Diese Erkenntnis könnte dann sogar zu der Einsicht führen, daß gerade der Liberalismus tendenziell als verfassungsfeindlich anzusehen ist, da sich eine liberale Haltung folgerichtig gegen das spezifische Verbotssystem wenden müßte, das es erlaubt, die Bundesrepublik demokratiethoretisch als „Novum“ und „Unikum“,⁹ eben als „(Demokratie-)Sonderweg“ zu kennzeichnen. Ein überzeugter Liberaler und damit jemand, der für Freiheit und Persönlichkeitsrechte eintritt, müßte etwa die Abschaffung der gegen Ideen ausgerichteten Parteiverbotskonzeption,¹⁰ der sog. „Propagandadelikte“, insbesondere des berüchtigten § 130 Abs. 3 und 4 StGB, und der weltanschaulich-politisch motivierten Disziplinarverfahren im öffentlichen Dienst¹¹ fordern, um sicherzustellen, daß die BRD endlich auf ein international übliches liberales Niveau gebracht¹² wird. Tatsächlich gerät, wer derartige Forderungen erhebt, in der Bundesrepublik Deutschland unter ideologiepolitischen Verdacht und es stellt sich somit die Frage, ob der (normale) Liberalismus in der Bundesrepublik Deutschland überhaupt konsequent propagiert werden kann.

Verdächtigter Nationalliberalismus

Die genauere Lektüre der Verbotsentscheidung „gegen rechts“, also gegen die SRP, gibt denn auch einen Hinweis, daß die Situation für den Liberalismus in der Bundesrepublik Deutschland durchaus prekär ist. In dieser Entscheidung werden nämlich die „sogenannten Rechtsparteien“, der die zu verbietende SRP zugeordnet wurde, u. a. dadurch gekennzeichnet, daß sie „unter der konstitutionellen Monarchie gewohnt“ waren, „als staatstragende Parteien schlechthin zu gelten.“¹³ Ausdrücklich kommt zwar in der weiteren Darlegung des Gerichts nur der politische Konservatismus ins Blickfeld, dessen Radikalisierung - so muß man das ideengeschichtliche, bei rechtsstaatlicher Vorgehensweise juristisch völlig irrelevante ideologiepolitische Palavern des BVerfG verstehen - den Nationalsozialismus begründet oder zumindest vorgearbeitet habe (so ganz klar wird dies aufgrund der äußerst oberflächlichen gerichtlichen Aneinanderreihung von politischen Schlagworten der 1930er Jahre nicht). Gemeint sein kann aber bei der ideologiepolitischen Ableitung der zu verbietenden „Rechtspartei“ SRP eigentlich nur oder vor allem der National-Liberalismus, der sich - anderes als der Konservatismus, der sich ursprünglich schwerer mit der Nationalstaats-konzeption und damit dem (deutschen) Nationalismus getan hatte - von Anfang an als die parteipolitisch maßgebliche Formation des Kaiserreichs,¹⁴ gewissermaßen und durchaus mit Berechtigung als „Reichsgründungspartei“¹⁵ verstand, mag auch der eigentlich „Reichsgründer“ selbst ein Parteigänger des

⁹ Diese Kennzeichnung stammt von *Rudolf Streinz*, Das Parteiverbot als Ausprägung der wehrhaften Demokratie, in: *Christian Starck* (Hrsg.), Das Bonner Grundgesetz. Kommentar 2000, S. 412.

¹⁰ S. dazu die Serie zur Parteiverbotskritik:

<https://links-enttarnt.de/parteiverbotskritik-uebersicht-der-einzelnen-teile>

¹¹ S. dazu den 4. Teil der Serie zum Parteiverbotssurrogat: **Weltanschaulich-politische Diskriminierung im öffentlichen Dienst** <https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2021/03/Surrog4-Beamtdiskr.pdf>

¹² S. dazu am Beispiel des Dienstrechts den 26. Teil der Serie zum Parteiverbotssurrogat: **Ideologie-politische Beamtdiskriminierung der BRD im internationalen Vergleich**

<https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2021/03/Surrog26-Beamtdiskrint.pdf>

¹³ S. BVerfGE 2, 1, 15 f.

¹⁴ So etwa *Wolfgang J. Mommsen*, Wandlungen der liberalen Idee im Zeitalter des Imperialismus, in: *Karl Holl / Günther List*, Liberalismus und imperialer Staat. Der Imperialismus als Problem liberaler Parteien in Deutschland 1890-1914, 1975, S. 109, 116.

¹⁵ So die Überschrift einer Besprechung des Buches von *Ansgar Lauterbach*: Im Vorhof der Macht. Die nationalliberale Reichstagsfraktion in der Reichsgründungszeit (1866-1880), 2000, in: *FAZ* vom 14.02.2001.

Konservatismus¹⁶ gewesen sein; immerhin hatte er zuletzt für die Nationalliberalen zum Reichstag kandidiert, das Mandat aber nicht angenommen.

Damit kommt ins Blickfeld, daß es die liberalen Parteien, aus denen die bundesdeutsche FDP hervorgehen sollte, unter den etablierten Parteien ursprünglich am schwersten hatten, von den Besatzungsmächten eine Lizenz zu bekommen, wie man der sehr allgemeinen Aussage des langjährigen FDP-Bundesvorsitzenden *Erich Mende*¹⁷ entnehmen kann: „In der Französischen Besatzungszone lagen die Verhältnisse noch schwieriger, da die Voreingenommenheit gegenüber einer nationalliberalen Partei dort am größten waren.“¹⁸ Die Besatzungsmächte haben wohl vermutet, daß sich bei den Liberalen die politisch rechten Tendenzen durchsetzen könnten, die durch das anstelle der vollen Gründungsfreiheit von Parteien eingerichtete Lizenzierungssystem gerade ausgeschaltet werden sollten. So wurde denn auch im Saarland, das als Vorbereitung auf eine französische Annexion, ersatzweise Europäisierung, einem französischen Sonderregime („Demokratie“) unterstellt war, am 21.05.1951 die nationalliberale Partei Demokratischen Partei des Saarlandes, DPS, also der Landesverband der FDP, unter Beschlagnahme ihres Vermögens mit der Begründung aufgelöst,¹⁹ die Verbindung des Saarlandes zu Frankreich lösen und statt dessen eine Anlehnung an Deutschland erstreben zu wollen, was später bekanntlich in der BRD als „rechtsextrem“ („geographischer Revisionismus“) bezeichnet werden sollte.

Die Kritik der Bundesregierung an diesem Parteiverbot, das eigentlich gegen eine Regierungspartei „in Bonn“ gerichtet war, wies seinerzeit der Sprecher des französischen Außenministeriums als „bedauerlich, unbegründet und unzeitgemäß“ zurück, da diese - liberale - Partei verboten worden sei, weil sie verfassungswidrige Propaganda betrieben habe, die nicht einer europäischen Lösung des Saarproblems, sondern auch der Pflege guter deutsch-französischer Beziehungen hinderlich gewesen seien, was natürlich ebenfalls (nach nunmehr maßgeblicher Terminologie) als „rechtsextrem“ (gegen Völkerverständigung gerichtet) eingestuft werden muß. Treibende Kraft der Abstimmungskampagne in dem dann möglichen Plebiszit, dem einzig maßgebenden, das den Deutschen nach 1945 erlaubt werden sollte, war der Vorsitzende der kurzfristig nach internationaler Einigung bezüglich der Durchführung des Plebiszits über die „Europäisierung“ wieder zugelassenen DPS, *Heinrich Schneider*,²⁰ dem noch 1985 das frühere US-Lizenzblatt *Süddeutsche Zeitung* vorwerfen sollte, in seinem 1974 veröffentlichten Buch „erkennen zu lassen, daß er im Grunde noch immer ein rechthaberischer, für vieles blinder Deutsch-Nationaler war. Im Abstimmungs-kampf trug er wesentlich dazu bei, daß die Entscheidung über das Europa-Statut zu einem Votum für oder gegen Deutschland „verfälscht“ und daß *Johannes Hoffmann*²¹ das Ziel einer Hetzkampagne wurde, die in der Parole 'Der Dicke muß weg' gipfelte.“²²

In der Diktion eines ehemaligen Lizenzblattes „hetzen“ „Deutsch-Nationale“, also Nationalliberale nämlich, selbst wenn sie sich mit einer eigentlich harmlosen Parole, die in einer normalen Demokratie nicht nur legal sondern auch legitim ist, gegen ein Regime wenden, „das

¹⁶ S. dazu *Hans-Christof Kraus*, Bismarck und die preußischen Konservativen, Friedrichsruher Beiträge, Band 12, 2000.

¹⁷ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Erich_Mende

¹⁸ S. *Erich Mende*, Die FDP, Daten, Fakten, Hintergründe, 1972, S. 15.

¹⁹ S. dazu den 26. Teil der Serie zur Parteiverbotskritik: **Parteiverbot als Mittel der Unterdrückung der freiheitlichen Ordnung der Deutschen - Überlegungen zum Verbot des deutschen Nationalliberalismus durch die französische Europapolitik im Saarland**
<https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2020/09/Parteiverbotskritik-Teil-26.pdf>

²⁰ S. [https://de.wikipedia.org/wiki/Heinrich_Schneider_\(Politiker,_1907\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Heinrich_Schneider_(Politiker,_1907))

²¹ S. [https://de.wikipedia.org/wiki/Johannes_Hoffmann_\(Politiker,_1890\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Johannes_Hoffmann_(Politiker,_1890))

²² S. *Süddeutsche Zeitung* vom 24. Oktober 1985, S. 10.

man beim besten Willen nicht als demokratisch bezeichnen kann,²³ aber aufgrund seiner pro-europäischen, mit „deutscher Schuld“ begründeten Werteeinstellung der damaligen saarländischen Verfassungspräambel einen Schutz vor „deutscher Hetze“ einer liberalen Partei doch zu verdienen scheint: Eine Werte-Absurdität, die nunmehr amtlich durchaus als bundesdeutscher „Verfassungsschutz“ im „Kampf gegen Rechts“ durchgeht! Bezüglich der Schwierigkeiten, die der Liberalismus im britischen Besatzungsgebiet hatte, ist der Fall *Werner Naumann*²⁴ erhellend, der noch 1953 aufgrund einer nächtlichen Entscheidung der britischen Regierung ohne Kenntnis der Bundesregierung von der britischen Besatzungsmacht verhaftet²⁵ wurde, um die FDP vor innerparteilicher Demokratie zu schützen. Seitens der Besatzungsherrschaft sah man die „Gefahr“, daß die FDP nationalistisch unterwandert werden könnte oder Ausgangspunkt der Wiederbegründung des Nationalsozialismus sein könnte. Aufgrund der Tatsache, daß der ideologiepolitisch ausgerichtete „Verfassungsschutz“ zur Verwirklichung alliierter Ideologiepolitik installiert worden war, die sich als Fortsetzung der Kriegspropaganda darstellt, sollte nicht verwundern, daß die FDP in NRW seinerzeit parallel zum Vorgehen der Besatzungsmacht gegen den deutschen Nationalliberalismus und den von diesen ausgehenden „Gefahren“ auch unter VS-Beobachtung²⁶ geriet. Dies sollte ja nicht verwundern, da der NRW-Inlandsgeheimdienst für die Briten die Bedeutung als über die Besatzungszeit hinausgehendes Steuerungsinstrument²⁷ gegenüber den Bundesdeutschen hatte, wie der Inlandsgeheimdienst des Bundes für die Amerikaner.²⁸

Die Schwierigkeiten, die die Besatzungsherrschaft dem deutschen Nationalliberalismus machte, können auch im Fall Österreichs belegt werden. Letztlich richten sich nämlich die ideologiepolitischen Maßgaben von Artikel 4 des Österreichischen Staatsvertrages, wonach Österreich innerhalb seines Gebietes jede Handlung zu verhindern hat, die geeignet wäre, eine Vereinigung zwischen Österreich und Deutschland mittelbar und unmittelbar zu fördern - d.h. der Beitritt Österreich „zum Geltungsbereich des Grundgesetzes“ wäre demokratiefeindlich!! - zentral gegen den Nationalliberalismus, wenn damit einhergehend die Verpflichtung statuiert ist, den „Bestand, das Wiederaufleben und die Tätigkeit jeglicher Organisation, welche die politische oder wirtschaftliche Vereinigung mit Deutschland zum Ziele haben, sowie großdeutsche Propaganda zugunsten der Vereinigung mit Deutschland“ zu verhindern.

Nicht zuletzt ist die ideologiepolitische Schärfe der von „Europa“ gegen die Freiheitliche Partei Österreichs, FPÖ, gerichteten totalitären europäischen Ausgrenzungsmaßnahmen des Jahres 2000²⁹ damit zu erklären, daß diese grundlegende Verpflichtung des Staatsvertrages, der sich als alliierte Überverfassung über das freie Verfassungswerk von 1920 / 1929, die mit der freien

²³ S. ebenda.

²⁴ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Werner_Naumann

²⁵ S. dazu *Friedrich Grimm*, Unrecht im Rechtsstaat - Tatsachen und Dokumente zur politischen Justiz dargestellt am Fall Naumann, 1957 und von *Werner Naumann*, Nau-Nau gefährdet das Empire, 1953.

²⁶ Davon geht etwa *Wolfgang Buschdorf*, Aufbau des behördlichen Verfassungsschutzes in Nordrhein-Westfalen, in: *Buschdorf / Wachs / Werkentin*, Vorträge zur deutsch-deutschen Nachkriegsgeschichte, Schriftenreihe des Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Bd. 14, 2001, S. 5 aus: „Kaum vorhanden sind Unterlagen ... über die Beobachtung ... der FDP in den fünfziger Jahren, die es nach Zeitzeugenberichten jedoch in erheblichem Umfang gegeben haben muß.“

²⁷ So kann etwa plausibel vermutet werden, daß über das Institut der Sicherheitsüberprüfung, dem ursprünglicher jeder Ministerialbeamter unterworfen war, auf diese Weise, d.h. über das den Angelsachsen „geneigte“ VS-Personal, diese bis weit in 1960er Jahre hinein quasi eine Vetobefugnis gegen mögliches westfeindliches Personal im höheren öffentlichen Dienst ausüben konnten.

²⁸ S. dazu den 21. Teil zum Parteiverbotssurrogat: **„Verfassungsschutz“ als Nachwirkung der besatzungsrechtlichen Enklaven-Demokratie Bundesrepublik: Militärwissenschaftliche Feindbekämpfung als Demokratieschutz** https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2020/09/Parteiturrogat_Teil-21.pdf

²⁹ S. dazu den 6. Teil der Serie zur Europa-Kritik: **Europa als VS-System gegen „deutsche Nationen“ – Was besagen die „Österreich“-Sanktionen der EU-XIV von 2000?** <https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2021/01/Europakritik6-VS.pdf>

Weimarer Reichsverfassung kongenial ist,³⁰ gelegt hatte, offensichtlich den Nationalliberalismus nicht vollständig eliminieren können; im Windschatten der Weltpolitik hat „man“ eben Österreich weniger „beobachtet“, d.h. gesteuert als die maßgeblichere Bundesrepublik Deutschland,³¹ wo man österreichischen Entwicklungen nicht zuletzt mit Drohungen gegen bestimmte FDP-Tendenzen verhindern konnte. Maßgeblich für die „internationale Gemeinschaft“ war deshalb beim antiparlamentarischen Vorgehen gegen Österreich sicherlich die Befürchtung, daß der durch die FPÖ repräsentierte deutsche Nationalliberalismus auf das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland überspringen könnte. Deshalb war das bundesdeutsche Establishment bereits im Gründungsstadium ideologiepolitisch gegen den Bund Freier Bürger³² vorgegangen, der von ehemaligen national-liberalen Mitgliedern der FDP mit sympathischer Unterstützung der *Haider-FPÖ* gegründet worden ist. Dafür steht etwa die öffentliche Ankündigung des CDU-Innenministers von Thüringen, diese in der Entstehung begriffene Partei, (geheimdienstlich) „beobachten“ lassen zu wollen. Das Vorgehen insbesondere des sozialisierten Rundfunksystems,³³ neben dem besonderen Inlandsgeheimdienst einer ebenso bemerkenswerten Hinterlassenschaft des westlichen Besatzungsregimes,³⁴ gegen den die nationalliberale Karte spielenden *Jürgen Möllemann*³⁵ macht deutlich, daß der Liberalismus das nächste Opfer der ideologiepolitischen Salamtaktik des Aufschneidens des politischen Pluralismus von rechts her wäre, würde es insbesondere den Linksparteien von Ex-SED bis Links-CDU³⁶ mit Hilfe ihres Instruments „Verfassungsschutz“ im Rahmen des bundesdeutschen Demokratie-Sonderwegs und der internationalen Einbindung gelingen, alle Tendenzen rechts von der CDU vollständig zu marginalisieren.

Die FDP muß also derzeit froh sein, daß es die AfD gibt, zu deren Bekämpfung man maßgeblich den illiberalen „Liberalismus“ einer VS-Demokratie benötigt! Dann brauchen die Linksparteien (SED bis CSU) die FDP für antifaschistische Zwecke, andernfalls müßten sie die FDP bekämpfen, weil es sonst kein Problem des „Rechtstextremismus“ geben würde, was es aber geben muß, weil man sonst die Frage stellen würde, wozu es eines illiberalen „Verfassungsschutzes“ - und vor allem der internationalen Einbindung - bedarf.

Ansätze zu einer gegen die FDP gerichteten Ausschaltung des Nationalliberalismus hat es dementsprechend immer wieder gegeben: So war gerade vor Auftreten der AfD (danach ist es darum schlagartig still geworden; warum wohl?) das einst im Zusammenhang mit der britischen Verhaftung von *Werner Naumann* vom Bundespräsidenten *Heuss* gegen die damalige NRW-FDP gerichtete Schlagwort von der „Nazi-FDP“³⁷ wieder aufgetaucht und dabei die FDP

³⁰ S. dazu den 2. Teil der Serie zur Verfassungsdiskussion: **Die Weimarer Reichsverfassung (WRV) – Verfassung einer freien Demokratie in Deutschland**

https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2020/09/Verfassungsdiskussion_Teil-2.pdf

³¹ S. zu dieser auf ein „Germany made in the US“ gerichtete Steuerung den 7. Teil zur Verfassungsdiskussion: **Fortwirkung der alliierten Überlagerung des Grundgesetzes als Demokratiedefizienz**

<https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2021/05/VfgDisk7-GG-EntstgUmsetzg.pdf>

³² S. https://de.wikipedia.org/wiki/Bund_freier_B%C3%BCrger

³³ S. zu diesem den 10. Teil der Serie zum Parteiverbotssurrogat: **Sozialisierte Meinungsfreiheit als Begleitinstrument des Parteiverbotssurrogatsystems gegen rechts**

https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2020/09/Parteisurrogat_Teil-10.pdf

³⁴ S. zu diesem Zusammenhang den 21. Teil zum Parteiverbotssurrogat: **„Verfassungsschutz“ als Nachwirkung der besatzungsrechtlichen Enklaven-Demokratie Bundesrepublik: Militärwissenschaftliche Feindbekämpfung als Demokratieschutz**

https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2020/09/Parteisurrogat_Teil-21.pdf

³⁵ S. dazu *Arne Hoffmann*, Warum Hohmann geht und Friedman bleibt. Antisemitismusdebatten in Deutschland von Möllemann bis Walsler, 2005.

³⁶ S. zum christlichen Sozialismus den 18. Teil der Serie zur Sozialismusbewältigung: **Rückkehr des Sozialismus durch die Christdemokratie?**

<https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2020/12/SoziBwltg-XVIII-CDU-Sozialism.pdf>

³⁷ S. dazu *Karlheinz Weißmann*, Die „Nazi-FDP“, in: *Sezession* Nr. 39, Dezember 2010, S. 38 f.

aufgefordert worden, „ihre Nazi-Vergangenheit“ zu „bewältigen“³⁸ und etwa, so die Forderung des Historikers *Götz Aly*, ihre Parteistiftung wegen des „belasteten“ *Friedrich Naumann*,³⁹ eines „Vorbereiters des Nationalsozialismus“⁴⁰ umzubenennen. Zur offiziellen Durchsetzung der Islamfreundlichkeit⁴¹ (Vorbereitung auf die Islamisierung) gerät dann sogar der historische Linkliberalismus bewältigungspolitisch unter Verdacht, wenn etwa „das Gewaltpotential eines Antiklerikalismus“ hervorgehoben⁴² wird, „der die katholische Kirche als inneren Orient beschreibt.“ Wer sich gegen „den (inneren) Orient“ wendet, ist danach potentiell „gewalttätig“ und selbstverständlich zumindest „latent antisemitisch“: So könnte sich insbesondere der linksextreme und verfassungsschützerische Antisemitismus-Vorwurf, Gipfel der bundesdeutschen Verfassungshäresie, sogar gegen den Liberalismus wenden, dem diesbezüglich unter allen ideologischen Richtungen eigentlich der geringste Vorwurf gemacht werden kann: Schließlich ist zur Zeit der ideologisch-politischen Dominanz des national-liberalen deutschen Nationalismus, der auch unter deutschen Juden zahlreiche Anhänger hatte,⁴³ die gesetzliche Gleichberechtigung der Juden⁴⁴ in Deutschland durchgesetzt worden.

Grund der Verdächtigung: Liberalismus ≈ Kern des deutschen Nationalismus

Die Ursache für die erkennbare Diskriminierung des Liberalismus als Nationalliberalismus wird nachvollziehbar, wenn man sich vergegenwärtigt, daß ein britischer Historiker⁴⁵ 1944 die „deutschen Liberalen der Paulskirche“ - und nicht etwa, wie ein deutscher Historiker⁴⁶ zu Recht einwendet: den linken Demokraten - die „Schuld“ am deutschen Nationalismus zuschrieb, um die deutschen Liberalen 1948 jubiläumsgemäß als die wahren Vorläufer von *Adolf Hitler* auszumachen. Derartige Kontinuitäten lassen sich sicherlich nachweisen, schon banal aus der Tatsache, daß *Hitlers Vater*⁴⁷ als „strammer Freisinniger“ beschrieben⁴⁸ wurde, der „wie alle Freisinnigen in dieser Zeit stramm deutschnational gesinnt, ein Pangermane, dabei merkwürdigerweise doch (gemeint: österreichisch, *Anm.*) kaisertreu“ war, wobei letzteres dem Diensteid auf die K.u.K.-Monarchie geschuldet war. Von seinem katholischen Religionslehrer⁴⁹ ist *Hitler* wegen Bleistiften mit „großdeutschen Farben“, d.h. mit dem ein nationalliberales Bekenntnis ausdrückenden „Schwarz-Rot-Gold“ mit Vorwürfen überzogen worden.

³⁸ Im Zusammenhang mit dem Buch von *Kristian Buchna*: Nationale Sammlung an Rhein und Ruhr. Friedrich Middelhaue und die nordrheinwestfälische FDP 1945-1953, 2010, in der *FAZ* vom 23.02.2011, S. 7 besprochen: Lumpensammler von Opladen. Friedrich Middelhaue lockte alte Nazis in die NRW-FDP.

³⁹ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Friedrich_Naumann

⁴⁰ S. <http://www.fr-online.de/politik/meinung/die-leiche-im-keller-der-fdp/-/1472602/6715952/-/index.html>

⁴¹ S. dazu den 23. Teil der Serie zum Parteiverbotssurrogat: **Islamfreundlichkeit als Verfassungsgebot? Protoislamische Religionspolitik durch „Verfassungsschutz“**
<https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2020/11/Surrog23-IslamfrkVS.pdf>

⁴² So die *FAZ* vom 28.06.2010, S. 26 unter „Fundamentalismus der Aufklärung“ in der Besprechung des Buches von *Manuel Borutta*, „Antikatholizismus“. Deutschland und Italien im Zeitalter der europäischen Kulturkämpfe, 2010.

⁴³ S. dazu das Interview mit *Günter Deschner*, Jüdische Patrioten in Deutschlands Geschichte - Vergessen, verkannt und wieder entdeckt, im Interviewband von *Bernd Kallina*, Unhaltbare Zustände, 2021, S. 30 ff.

⁴⁴ S. Gesetz des Norddeutschen Bundes vom 3. Juli 1869:

http://germanhistorydocs.ghi-dc.org/sub_document.cfm?document_id=598&language=german

⁴⁵ S. *Lewis Namier*, 1848 - The Revolution of Intellectuals, New York 1964; erstmals 1944.

⁴⁶ S. *Manfred Kittel*, Abschied vom Völkerfrühling? National- und außenpolitische Vorstellungen im konstitutionellen Liberalismus 1848/49, in: *HZ* 2002, S. 333 ff., 343.

⁴⁷ Zu diesem gibt es nunmehr eine Roman-Darstellung; s. <https://www.amazon.de/Hitlers-Vater-Sohn-Diktator-wurde/dp/3222150664?asin=3222150664&revisionId=&format=4&depth=1>

⁴⁸ S. *Brigitte Hamann*, Hitlers Wien, Lehrjahre eines Diktators, 2002, S. 22.

⁴⁹ S. *dieselbe*, S. 25 f. unter Bezugnahme auf die von *Werner Jochmann* hrsg. Monologe im Führerhauptquartier, 1980, S. 185, 08. / 09.01.1942.

Derartige Reminiszenzen erklären wohl, warum die Besatzungsmächte den Deutschen ursprünglich auch das Zeigen der späteren Bundesflagge nicht erlaubt haben, die zu dieser anschließend nur durch erhebliche Relativierung ihres historischen Sinngehalts (wieder) werden konnte, der den Verfassungsvätern von Weimar durch Artikel 61 Abs. 2 (verfassungsrechtliche Anschlußberechtigung von Österreich zur Verwirklichung von „1848“, also eines liberalen Großdeutschlands) noch ein zentrales Anliegen war. In der NS-Zeit ist der Zusammenhang von Liberalismus und Nationalismus ebenfalls anerkannt worden, ist doch in einer als durchaus objektiv einzustufenden zeitgenössischen Untersuchung der außenpolitischen Ideen der 1848er vorgeschlagen worden, anstelle von „Liberalismus“ und „Liberale“ Nationalismus und Nationale zu sagen, „weist die Außenpolitik der 48er „Liberale“ ein nationales Gepräge auf.“⁵⁰ Dies macht die Behauptung des von der britischen Besatzungsmacht verhafteten ehemaligen Mitarbeiters von *Joseph Goebbels*, des seinerzeit in NRW-FDP maßgeblichen Mitglieds *Werner Naumann*,⁵¹ plausibel, wenn er davon schrieb, daß der NSDAP neben „überzeugten Sozialisten“ auch „unternehmungsfreudige Kapitäne der Wirtschaft von ausgeprägter individualistischer Art, Vertreter des Liberalismus ...“⁵² angehörten. Es spricht wohl mehr als der Anschein dafür, daß die wesentlichen Wählerstimmen für die NSDAP in der entscheidenden Wahl von 1933 neben bisherigen Nichtwählern vor allem von den ehemaligen liberalen Wählern gekommen waren, war doch zwischen 1924 und 1933 der Anteil für die linksliberale DDP von 5,7 % auf 0,9 % und der rechtsliberalen DVP vom 9,2 % auf 1,1 % gesunken, wozu dann auch kommt, daß die grob zur Hälfte eher als national-liberal einzustufende DNVP von 19,5 % auf 8 % geschmolzen war. *Hitler* selbst war ja innerparteilich eine in diese Richtung gehende Einstellung vorgeworfen worden, indem etwa *Strasser* dessen Befürwortung der britischen Kolonialherrschaft über Indien als endgültige Verabschiedung „von einer völkischen Politik“ und Zuwendung „zum kapitalistischen Rassenimperialismus europäischen Stils“⁵³ zurückwies. Die Zusammenhänge von deutschem Nationalismus und damit auch des Nationalsozialismus in seinem unter bundesdeutschen VS-Gesichtspunkten wohl allein bewältigungsbedürftigen nationalistischen Aspekt - während der bewältigungsbedürftig eigentlich bedeutsamere sozialistische Aspekt⁵⁴ extrem tabuiert werden muß - mit dem deutschen Liberalismus ist akademisch etwa in dem Sammelband *Liberalismus und imperialistischer Staat*⁵⁵ bundesdeutsch durchaus „bewältigt“ worden und man ist dort sogar zu der aus bestimmten Gründen sonst eher tabuisierten Erkenntnis⁵⁶ vorgedrungen, daß sich der Liberalismus nicht vom „Imperialismus“ hat „überwältigen“ lassen, sondern vielmehr umgekehrt dieser dessen wesentliches außenpolitisches Anliegen geworden war.

⁵⁰ S. *Eberhard Meier*, Die außenpolitischen Ideen der Achtundvierziger, 1938, S. 12; wobei sich die Anführungszeichen um „Liberale“ damit erklärt, daß „Liberalismus“ schon seit der Weimarer Zeit weitgehend auf den weniger nationalistisch gewordenen Linksliberalismus reduziert worden war, dem der NS erkennbar weniger gewogen war.

⁵¹ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Werner_Naumann

⁵² S. *Naumann*, a. a. O., S. 159.

⁵³ S. Nachweis bei *R. P. Sieferle*, Indien und der Arier in der Rassenlehre, in: *Zeitschrift für Kulturaustausch*, 1987, S. 457.

⁵⁴ S. dazu das Buch des Verfassers: *Roter, brauner und grüner Sozialismus: Bewältigung ideologischer Übergänge von SPD bis NSDAP und darüber hinaus*

http://www.amazon.de/Roter-brauner-gr%C3%BCner-Sozialismus-ideologischer/dp/3939562041/ref=sr_1_2?s=books&ie=UTF8&qid=1301158822&sr=1-2

sowie die Beiträge auf dieser Website zur Serie Sozialismusbewältigung:

<https://links-enttarnt.de/artikeluebersicht-sozialismusbewaeltigung>

⁵⁵ *Karl Holl / Günther List*, Liberalismus und imperialer Staat a. a. O., mit Beiträgen von *L. Albertin*, *L. Gall*, *I. Geiss*, *K. Holl*, *G. List*, *P. Menke-Glückert*, *W. J. Mommsen*, *P.-Ch. Witt* und *H.-G. Zmarzlik*.

⁵⁶ In besondere ist der Beitrag von *Mommsen*, a. a. O., S. 109, insbes. S. 116.

Dementsprechend dürfte - entgegen der üblichen Annahmen der bundesdeutsch-alliierten Bewältigungshistorie - geschichtsrevisionistisch (und damit „verfassungsfeindlich“) eher gelten, daß nicht der preußische Staat mit den konservativen Führungsschichten in Armee und Bürokratie, sondern die Industriegesellschaft mit den liberalen Führungsschichten des Finanz-, Handels- und Gewerbekapitals in Deutschland den Übergang von der nationalstaatlichen Selbstbeschränkung zur expansiven Weltmachtspolitik bewirkt⁵⁷ hat: Für den 1. Weltkrieg wäre demnach, sofern die Deutschen „schuld“ sein sollten (was immer dies bedeuten soll), nicht die konservative Monarchie, sondern der deutsche Liberalismus verantwortlich⁵⁸ zu machen, dessen Einstellung in dem bekannten Bekenntnis des führenden liberalen Theoretikers *Max Weber*⁵⁹ zum machtpolitischen Wettbewerb⁶⁰ zum Ausdruck gekommen ist, weil sonst die kostspielige - und kriegspolitisch durchaus riskante - deutsche Einigung von 1871⁶¹ ihren historischen Sinn verfehlen würde. Schon 1848 waren die Liberalen aus demokratisch-nationalistischen Gründen bereit⁶² gewesen, gewissermaßen schon einen 1. Weltkrieg zu riskieren und es waren noch in der Folgezeit die konservativen monarchischen Regierungen Deutschlands, die den europäischen Frieden wahrten. Schließlich wird die Tatsache, daß deutsche Weltmachtspolitik unter Einschluß von Kolonialerwerb ein liberales Anliegen war, durch die Gesetzgebungskompetenz nach Art. 6 Nr. 2 der liberalen WRV für das „Kolonialwesen“ belegt. Überspitzt könnte man deshalb vielleicht sagen, daß so etwas wie der entschiedene deutsche Nationalismus des 20. Jahrhunderts nur deshalb entstehen konnte, weil der Liberalismus nicht mehr, anders als im 19. Jahrhundert, obrigkeitsstaatlich-konservativ domestiziert worden war.

Nun ist zwar richtig, daß der Nationalismus nicht notwendigerweise liberal ist, schon weil es der nationalistischen Sichtweise, die Gemeinsamkeit eines Volks ausdrücken zu wollen, widersprechen würde, sich auf eine ideologische Richtung innerhalb eines Volkes reduzieren zu lassen. Letztlich tendiert der Nationalismus unter normalen politischen Umständen (die allerdings in der Bundesrepublik nicht gegeben sind) zur politischen Mitte. Tatsächlich hat es in Deutschland, vielleicht von Ansätzen bei *Ernst Moritz Arndt*⁶³ abgesehen,⁶⁴ nie eine nationalistische Richtung als solche⁶⁵ gegeben, sondern der Nationalismus war zu verschiedenen Zeiten in den einzelnen ideologischen Strömungen unterschiedlich stark ausgeprägt: Zunächst - zu Beginn des Entstehens der modernen politischen Richtungen - am schwächsten bei den Konservativen, weil erst aufgrund der politischen Konstellation von 1871 Konservatismus und deutscher Nationalismus überhaupt zusammengebracht werden konnten. Eher schwach war der Nationalismus ursprünglich auch bei den (linken) Demokraten ausgeprägt, was wohl mit ihrer ideologischen Abhängigkeit vom jakobinischen (liberal-extremistischen) Frankreich zu erklären ist, um aber spätestens 1848 etwa bei der Deutschland-

⁵⁷ So zu Recht die Einschätzung von *E. R. Huber*, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 3, S. 772.

⁵⁸ S. dazu insbes. den Beitrag von *Holl*, in: *Holl / List*, a. a. O., S. 72 ff., wonach 80% der Mitglieder des Flottenverbandes nationalliberal und 47% der 60 alldeutschen Mitglieder des Reichstages von 1891 bis 1914 der nationalliberalen Fraktion angehörten.

⁵⁹ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Max_Weber

⁶⁰ S. dazu die schon „klassisch“ zu nennende Abhandlung von *Wolfgang Mommsen*, Max Weber und die deutsche Politik 1890-1920, 1959, S. 77 ff.

⁶¹ S. zu deren liberalen Verfassung den 8. Teil der Serie zur Verfassungsdiskussion: **Eine rechte und liberale Verfassungsoption: Eine demokratisch-republikanische Version der Bismarckschen Reichsverfassung** <https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2021/04/VfgDisK8-rverfl871.pdf>

⁶² S. *Kittel*, a. a. O., insbes. S. 371 und auch die zutreffende Bewertung bei *Eberhard Meier*, a. a. O., S. 182 f.

⁶³ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Ernst_Moritz_Arndt

⁶⁴ Der Verfasser erinnert sich an zwei Stadtführungen in Bonn, die *Arndt* betrafen: in einer wurde er als Liberaler gelobt, um in der anderen als Nationalist verdammt zu werden; daß beides untrennbar zusammengehört, ist aufgrund der alliierten Ideologiepolitik den bundesdeutschen Ideologieuntertanen kaum mehr zu vermitteln.

⁶⁵ S. *Fritz Valjavec*, Die Entstehung der politischen Strömungen in Deutschland 1770-1815, 1978, S. 342.

und Deutschendefinition eine ethnisch orientierte Begrifflichkeit zu pflegen,⁶⁶ die der bundesdeutsche „Verfassungsschutz“ des Jahres 2021 als „rechtsextrem“ kennzeichnen mußte - während die konservativen Richtungen mehr staatsrechtlich - Zugehörigkeit zum Deutschen Bund und Alten Reich - argumentierten.

Den linken Anti-Nationalismus griff dafür der nach 1848 in Deutschland sich bildende Sozialismus auf, der aber spätestens durch das „Augusterlebnis“ von 1918 wieder zum Nationalismus⁶⁷ zurückfinden sollte, was dann bei zunehmender Verdrängung des liberalen Ausgangspunkts über mehrere sozialistische Stufen, durchaus angefangen von den „National-Sozialen“ des (im übrigen eher: links-)liberalen *Friedrich Naumann* und den sog. „Kathedersozialisten“, sozialistischen Ansätzen im Bereich der Konservativen Revolution, den sozialdemokratischen „Kriegssozialismus“ des 1. Weltkrieges und den damit zusammenhängenden, ebenfalls aus der Sozialdemokratie hervorgehenden Links-Revisionismus⁶⁸ den deutschen Nationalsozialismus ermöglichen sollte. Der links-liberale *Theodor Heuss*⁶⁹ hat den Vorläufercharakter seines Idols *Friedrich Naumann* insofern anerkannt, als er diesen in seinem relativ „harmlosen“ (man könnte im Nachhinein von „verharmlosend“ sprechen) Buch „Hitlers Weg. Eine historisch-politische Studie über den Nationalsozialismus“, 1931, neben *Ferdinand Lassalle*⁷⁰ als Person hinstellte, die Nationalismus und Sozialismus verbinden wollte, was dann *Adolf Hitler* wieder versuchen würde.

Ausgangspunkt des Nationalismus war jedoch unstrittig der Liberalismus, weil „der Ära des modernen Nationalgedankens eine Ära individualistischer Freiheitsregungen unmittelbar vorangeht.“⁷¹ „Die Nationalitätsidee war aber immer und überall in ihren kräftigen Zeiten eine liberale, eine demokratische Idee, sie war die Idee des ganzen Volkes, das sein Schicksal in seinen Händen trägt, die Idee des Staates, der keine Maschine zur Ausnutzung der Menge durch eine Minderheit ist, sondern eine Organisation aller für alle“, so eine immerhin aus dem linksliberalen Lager, also auch von *Friedrich Naumann*, stammende Darlegung⁷² von 1906.

⁶⁶ S. auch *Kittel*, a. a. O., S. 344, wonach in der Schleswig-Holstein-Frage „von der Paulskirchenlinken die lautesten nationalistischen Töne“ kamen.

⁶⁷ Die besten Ausführungen hierzu bietet *Roland N. Stromberg*, *Redemption by War. The Intellectuals and 1914*, 1982, insbes. Kapitel 6, 'La Patrie Est en Danger': Socialism and War in 1914, S. 107 ff.

⁶⁸ S. dazu (neben anderem) den 4. Beitrag zur Sozialismus-Bewältigung: **Weltkrieg als Weltrevolution – Vom sozialdemokratischen Marxismus zum Nationalsozialismus**

<https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2020/10/Sozialismusbewaeltigung-Teil-4.pdf>

⁶⁹ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Theodor_Heuss

⁷⁰ Für *Götz Aly* müßte dies im übrigen Anlaß sein, die SPD aufzufordern, sich von ihrem Parteigründer zu distanzieren; denn der Wirtschaftsnobelpreisträger *von Hayek*, auf den sich *Aly* bei der Verdammung von *Friedrich Naumann* bezieht, hat *Lassalle* noch viel mehr als diesen, einen Vorläufercharakter zugesprochen und dies zu Recht, wie sich etwa der Biographie von *Thilo Ramm*, *Ferdinand Lassalle als Rechts- und Sozialphilosoph*, 1952, ergibt; immerhin ist zuzugestehen, daß der linke *Aly* den sozialistischen Charakter des Nationalsozialismus einräumt: s. *Götz Aly*, *Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus*, 2005.

⁷¹ S. *Friedrich Meinecke*, *Weltbürgertum und Nationalstaat. Studien zur Genesis des deutschen Nationalstaates*, 1928, S. 9.

⁷² Und zwar von *Theodor Barth / Friedrich Naumann*, *Die Erneuerung des Liberalismus. Ein politischer Weckruf*, 1906, S. 28 unter IX; diese Schrift spricht sich für ein (links-)liberales Bündnis mit der zeitgenössischen „revisionistischen“ SPD aus; dazu auch *Peter Gilg*, *Die Erneuerung des demokratischen Denkens im Wilhelminischen Deutschland*, 1965, S. 88 ff. und 178 ff.; was besagt dies für die Vorläuferthese von *Aly*, wenn der „Wegbereiter“ der NSDAP, *Friedrich Naumann*, eine Koalition mit der SPD anstrebte? SPD-Annäherung als Element zur Bildung des NS?

Wie der Liberalismus, so ist nämlich auch der Nationalismus ein Produkt der Aufklärung⁷³ und als solcher die europäische Freiheitlichkeit beschreibendes „Unikat des Okzidents“.⁷⁴ Der geistesgeschichtliche Zusammenhang von Liberalismus und Nationalismus⁷⁵ ergibt sich vor allem daraus, daß der Liberalismus die Individualität und damit das Recht zur Subjektivität der Persönlichkeit hervorhob, die als Empfindsamkeit, meist (aber nicht immer) über das Sprachbewußtsein vermittelt, zum Nationalgefühl führte, das im ästhetisierenden Individualismus der Romantik seine Vertiefung erfuhr. Die Kunst von *Caspar David Friedrich*⁷⁶ bringt dieses früh-liberale Anliegen am Nachhaltigsten ästhetisch zum Ausdruck. Dieser Ideen- und Gefühlskomplex mußte notwendiger Weise zur Abgrenzung nach Außen führen, weil Grenzziehung wesentlicher Ausdruck von Freiheit darstellt.

Im Innenbereich transzendierte dieses Nationalbewußtsein die gewachsenen Standesunterscheide und gesellschaftlichen Herrschaftsstrukturen und sollte sich politisch in die Forderung nach dem Nationalstaat ausdrücken. „Partizipationsverheißung und Gewaltbereitschaft“ sind damit als „die zwei Gesichter der modernen Nation“⁷⁷ anzusehen (beim Internationalismus ist es aber nicht anders!). Mit Hilfe des Nationalstaatskonzepts konnte man dann über die Ansätze des aufgeklärten Absolutismus hinausgehend ein freies Wirtschaftssystem („Kapitalismus“) durchsetzen. In Deutschland stellte die Verknüpfung mit dem späten Reichspatriotismus⁷⁸ häufig die Verbindung von Liberalismus und Nationalismus her, da in den Institutionen des Alten Reichs der Ursprung der modernen Freiheitsidee gesehen wurde, eine Auffassung, die durchaus auch außerhalb Deutschlands geteilt wurde. Damit konnte sich der Liberalismus gegebenenfalls von (linken) Demokratismus abgrenzen, der in Deutschland erst als Folge der Französischen Revolution entstand, während der Liberalismus ungeachtet seiner immer wieder zu beobachtenden Anlehnung an angelsächsische Vorstellungen einen genuin deutschen Ausgangspunkt hat, der bei weitem älter ist als die Französische Revolution, welche die deutschen Liberalen oder Personen, die man entsprechend einstufen kann wie den Philosophen *Immanuel Kant*,⁷⁹ trotz anfänglicher Sympathie letztlich zurückgewiesen haben.

Der Zusammenhang von Liberalismus mit nationaler Macht- und Weltmachtspolitik ergibt sich dann nicht zuletzt aus der zeitgenössischen Beobachtung, daß die liberal regierten Staaten im 19. Jahrhundert zu den führenden Weltmächten aufstiegen. Dazu kam die Erkenntnis, daß die Annahme einer zur Wirtschaftsentwicklung für notwendig angesehene weltwirtschaftliche Verflechtung gewissermaßen machtfrei und unkriegerisch ablaufen würde, weitgehend auf Selbsttäuschung⁸⁰ beruhte. Die deutsche Kriegsflotte, „eine alte liberale Forderung“⁸¹ mußte dann doch - wie schon im Falle von Großbritannien und der USA zu beobachten - zur Landbeherrschung von unterentwickelten Gebieten führen, mag auch noch so sehr die ökonomische Rationalität des Kolonialismus, etwa vom linksliberalen *Eugen Richter*,⁸² bezweifelt worden sein. Schon die angelsächsische Erfahrung legte die - insbesondere von *Max Weber* zur Theorie erhobene - Schlußfolgerung nahe, daß deutsche Weltmachtpolitik eine

⁷³ S. *Fritz Valjavec*, a. a. O., S. 332 f.

⁷⁴ So die zutreffende Erkenntnis des ansonsten gegen den Nationalismus anscheinenden *Hans-Ulrich Wehler*, Nationalismus. Geschichte, Formen, Folgen, 2001, S. 15 f.

⁷⁵ S. dazu *Valjavec*, a. a. O., S. 332 f.

⁷⁶ S. http://de.wikipedia.org/wiki/Caspar_David_Friedrich

⁷⁷ So *Christian Jansen*, Einheit, Macht und Freiheit. Die Paulskirchenlinke und die deutsche Politik in der nachrevolutionären Epoche 1849-1867, 2000, S. 28.

⁷⁸ S. *Valjavec*, a. a. O., S. 42 und 349.

⁷⁹ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Immanuel_Kant

⁸⁰ S. dazu *Mommsen*, in: *Holl / List*, a. a. O., S. 111 ff. m. w. N.

⁸¹ So *Friedrich Naumann*, Demokratie und Kaisertum. Ein Versuch für innere Politik, 1905, S. 197.

⁸² S. https://de.wikipedia.org/wiki/Eugen_Richter

innere Liberalisierung erzwingen würde, weil diese Weltmachtpolitik nur dann erfolgreich sein könne, weshalb umgekehrt *Weber* die Verwestlichung des Kaiserreichs durch Parlamentarisierung der Regierung und Zurückdrängung der konservativen Eliten (Ostelbier) forderte, damit Deutschland der ihm angemessenen Weltmachtpolitik gewachsen wäre.

Zur verstärkten nationalistischen Akzentuierung dieses Gedankens hatte spätestens ab 1848 / 49, wenn nicht schon um 1813, die Erkenntnis beigetragen, daß gemeinsame Liberalisierung, die als „Völkerfrühling“, d.h. als gemeinsames, den Individualismus förderndes kulturelles Aufblühen der Nationalismen gefeiert wurde, mitnichten notwendigerweise die allgemeine internationale Interessenharmonie herbeizwingen müsse: Bekanntlich nehmen auch in der liberalisierten Wirtschaft Rechtsstreitigkeiten eher zu als ab. Individualrechtliche Gewährleistungen und die darin enthaltenen individuellen Gestaltungsmöglichkeiten können sich deshalb eben politisch auch entschieden nach oder gegen außen richten und dann noch 1955 zur Ablehnung des doch so sehr völkerverbindend und „europäisch“ gemeinten Saarstatuts durch national-liberale Aktivitäten führen.

Ent-Nationalisierung des deutschen Liberalismus

Die Abwehr der möglichen außenpolitischen Konsequenzen der als politisches Konzept auf den Liberalismus zurückgehenden Individualrechte, die zum deutschen Nationalismus führten, kann man als bleibenden Zweck des westlichen Besatzungsregimes ansehen, das vom fortwirkenden Paradoxon gezeichnet war, Demokratie auszurufen und dazu eine Besatzungsherrschaft (Militärregime) zu errichten. Dieses Paradoxon erklärt GG-Vorschriften⁸³ wie Art. 9 Abs. 2 und 26 GG, die besagen, daß sich die Ausübung von Grundrechten durch Deutsche nicht gegen die als „Völkerverständigung“ bezeichneten Interessen des Auslands (Siegermächte) richten dürfe. Dem steht schon die als „dem Frieden der Welt dienende“ (GG-Präambel) internationale Einbindungsverpflichtung (Art. 24, 23 n. F. GG) entgegen, die durch das verfassungsrechtlich wohl nur für Deutsche geltende Verbot des Angriffskriegs (Art. 26 GG)⁸⁴ gesichert wird. Dazu wird den Deutschen über das Verbot des Nationalsozialismus weit hinausgehend der „Militarismus“ verboten (Art. 139 GG), was durch die Möglichkeit der Wehrdienstverweigerung individual-rechtlich (Art. 4 Abs. 3 GG) bekräftigt wird. Mit der hierbei zum Ausdruck kommenden Konzeption werden die „Demokratisierung“ vorbereitende oder begleitende Maßnahmen verständlich, wie die mörderische Massenaustreibung der Deutschen aus den Ostgebieten, die massive Verstöße gegen wohl sämtliche (liberalen) Individualrechte beinhaltet hat, die aber vom innerhalb dieser Lage sich entwickelnden bundesdeutschen „Liberalismus“ akzeptiert werden mußten. Ja mehr noch: Die Berufung auf Grundrechte und auf das daraufhin sich politisch ergebende nationale Selbstbestimmungsrecht⁸⁵ gegenüber diesem fortwirkenden illiberalen Vorgang der Massenvertreibung trifft nunmehr amtlich das Verdikt des „verfassungsfeindlichen“ „geographischen Revisionismus“!

Den Wendepunkt vom deutschen Liberalismus zur speziellen bundesdeutschen Liberalismusvariante, eine Wende, die dabei nicht auf den in der FDP parteipolitisch

⁸³ S. dazu den 6. Beitrag zur Verfassungsdiskussion: **Unfreie Entstehungsbedingungen des Grundgesetzes als fortwirkende Demokratiedefizienz**

<https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2021/04/VfgDisk6-GG-Entstg.pdf>

⁸⁴ S. dazu die Dissertation von *Björn Clemens*, Der Begriff des Angriffskrieges und die Funktion seiner Strafbarkeit, 2005.

⁸⁵ S. dazu den Beitrag zum vorliegenden Alternativen Verfassungsschutzbericht: **Gegen das Selbstbestimmungsrecht des Volkes und die Volkssouveränität gerichtete Bestrebungen**
<https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2020/10/Gegen-das-Selbstbestimmung-des-Volkes.pdf>

organisierten Liberalismus beschränkt ist, versteht sich doch generell die etablierte bundesdeutsche „Mitte“ als „liberal“, repräsentiert der erste Bundespräsident *Theodor Heuss*, der einst als linksliberaler Reichstagsabgeordneter dem Ermächtigungsgesetz zugunsten von *Adolf Hitler* zugestimmt hatte, um sich dann im Parlamentarischen Rat über jene „ganz Gescheiten“ lustig zu machen, welche sich gegenüber den Alliierten auf das Völkerrecht berufen⁸⁶ wollten. Zur Zeit des Saarstreits war es ihm, dem entschiedenen Gegner der „Nazi-FDP“ aus NRW (welche aber das wesentliche Spendenaufkommen für die Gesamtpartei requirierte), äußerst peinlich, in der FDP-Gratulationsgruppe zu seinem 70. Geburtstag einen Vertreter der gegen Frankreich für Deutschland eintretenden national-liberalen DPS zu sehen.⁸⁷ Zu dieser ideologiepolitischen Domestikation des deutschen Liberalismus an die durch bedingungslose Kapitulation und Besatzungsherrschaft etablierte moralische Weltordnung der Siegermächte gehören ideologiepolitische Maßgaben, wonach Liberalismus verbindlich als friedlich und demokratisch zu verstehen ist und deshalb allenfalls etwas mit dem guten amerikanischen, aber schon gar nichts mit dem garstigen deutschen Nationalismus zu tun habe. Derartige Annahmen werden bereits in einer Weise in der Bundesrepublik geglaubt, daß es häufig grenzenloses Staunen auslöst, wenn wieder einmal „enthüllt“⁸⁸ wird, weshalb der Liberale *Max Weber* für die „Verwestlichung“ des deutschen Kaiserreichs eingetreten ist, nicht um Deutschland im Sinne von *Jürgen Habermas* dem Westen zu unterwerfen („einzubinden“), sondern sich ihm gegenüber machtpolitisch besser durchsetzen zu können, eine Auffassung, die dann konsequent ist, wenn man an die Richtigkeit liberaler Zielsetzungen glaubt, was die klassischen deutschen Liberalen, anders als die bundesdeutsche Variante ja getan haben. Gleichfalls löst es Erstaunen, ja bundesdeutsches zivilreligiöses „Entsetzen“ und (nachgeholte) „Empörung“ aus, wenn die Vorstellungen deutscher Liberaler „enthüllt“ werden, die liberale Ordnung revolutionär über Kriegsförderung⁸⁹ zu erzwingen, macht dies doch deutlich, daß das berühmte Diktum *Bismarcks* von „Blut und Eisen“ mitnichten von einem „Antiliberalismus“ zeugt, sondern vielmehr als Versöhnungsangebot des politischen Konservatismus an den kriegs- und revolutionsbereiten 1848-Liberalismus gedacht war.

Zu der demgegenüber in der Bundesrepublik unter „Liberalismus“ firmierenden bundesdeutschen Domestikations-Ideologie gehört dann auch das mehr oder weniger zwingend aus der „Verfassung“ abgeleitete Ideologem, wonach zwischen liberalen Demokratien kein Krieg⁹⁰ denkbar sei, woran nicht einmal die Siegermächte glaubten, weil sonst nicht verständlich ist, weshalb den Österreichern der Anschluß an das (re-) demokratisierte Deutschland und damit die Verwirklichung eines traditionellen liberalen und demokratischen Ziels, wofür immerhin „Schwarz-Rot-Gold“ steht, verboten worden ist und dem Saarland beinahe verboten worden wäre: bundesdeutscher „liberaler“ „Verfassungsschutz“ würde dann auch von einem gegen „Völkerverständigung“ gerichteten „geographischen Revisionismus“ schwadronieren, wenn die Entscheidung damals anders erzwungen worden wäre und man dies nunmehr freiheitlich demokratisch korrigieren wollte.

⁸⁶ S. *Burkhard Schöbener*, Die amerikanische Besatzungspolitik und das Völkerrecht, 1991, S. 411 ff.

⁸⁷ S. *Erich Mende*, a. a. O., S. 62 f.; erst als der Saarstreit im Sinne des deutschen Nationalliberalismus entschieden war, hat *Heuss* den einst von ihm geächteten *Richard Becker*, den Mitstreiter des bekannteren *Heinrich Schneider* mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet: Nichts ist erfolgreicher als der Erfolg, also spricht der (bundesdeutsche) Links-Liberale!

⁸⁸ S. etwa die *FAZ*-Rezension vom 12.10.1994, Die Last einer großen Nation - Max Weber als Nationalist und Rassentheoretiker.

⁸⁹ S. dazu die *FAZ*-Rezension vom 31.01.1995: Revolution in Form des Krieges - Die Vorstellungen der liberalen deutschen Elite in den Jahren 1857 und 1868.

⁹⁰ Zu dieser Theorie, s. den Beitrag von *Josef Schüßlburner*, Krieg zwischen Demokratien, in: *Albrecht Jebens / Stefan Winckler*, In Verantwortung für die Berliner Republik, Festschrift für *Klaus Hornung* zum 75. Geburtstag, 2002, S. 374 ff.:

http://www.amazon.de/Verantwortung-f%C3%BCr-Berliner-Republik-freiheitlich-konservatives/dp/3000099336/ref=sr_1_1?ie=UTF8&qid=1300467974&sr=1-1

Dieses Ideologem soll nur rechtzeitig festlegen, wer an einem ins Kriegerische gesteigerten Konflikt etwa um die (ehemaligen?) deutschen Ostgebiete „schuld“ wäre, was dann nur daran liegen könnte, daß die Deutschen nicht mehr demokratisch, d.h. liberal, sondern „nationalistisch“ sind (was angeblich - zumindest in Bezug auf die Deutschen - ein Gegensatz ist), da ja Demokratien keinen derartigen Konflikt untereinander haben: Die konditionale Bestimmung in der Präambel des 2 + 4-Vertrages, wonach die alliierten Vorbehaltsrechte „ihre Bedeutung verlieren“, weil Deutschland ein „demokratischer und friedliebender Staat“ sei, deutet an, was folgen würde, wenn deutsche Demokratie, die dann entsprechend der inhaltlich-ideologischen (und damit letztlich totalitären) Festlegungen nicht mehr als solche anzusehen wäre, bestimmte außenpolitischen Konsequenzen ziehen würde: Eine noch jüngere „Streitschrift“⁹¹ aus dem befreundeten Frankreich „Über den nächsten Krieg mit Deutschland“ wäre dann nicht mehr nur metaphorisch zu verstehen.

Diese besatzungspolitisch eingeleitete Entnationalisierung des deutschen Liberalismus mit dem Ziel, „amerikahörige Führer“⁹² hervorzubringen, wird allerdings erkaufte durch eine ideologische Regression des Liberalismus zu seinen eher vorpolitischen weltbürgerlichen Wurzeln zur Zeit des aufgeklärten Absolutismus. Um Reformen in Verwaltung⁹³ und Justiz durchzusetzen, die seit etwa 1812, als der entsprechende Begriff in Spanien aufkam, als „liberal“ bezeichnet werden, mußten die Aufklärer - zumindest außerhalb ihrer geheimen Zirkeln - sehr allgemein, d. h. „weltbürgerlich“ argumentieren, weil konkretere Darlegungen zu dem im Widerspruch zum Absolutismus, wenn nicht zur Monarchie stehenden Nationalstaatskonzept und damit zum Nationalismus hätten führen können (und außerdem die beamtete Professur hätte gefährden können). Diese Regression („Verkindlichung“) des Liberalismus verwirklicht sich normativ in der tendenziellen Entpolitisierung, deren normativer Ausgangspunkt die weitgehende Umformulierung von Bürgerrechten in Menschenrechte haben dürfte. Als entscheidende rechtliche Kategorie wird der Bürger und damit der Deutsche durch den „Menschen“ ersetzt. Nun müssen auf „Menschen“ ausgerichtetes Weltbürgertum und auf Deutsche (Franzosen, Polen etc.) ausgerichteter Nationalstaat nicht notwendigerweise Gegensätze sein, sondern können und sollten sich konzeptionell bedingen, indem etwa *Meinecke*⁹⁴ postuliert, daß das Nationalgefühl das weltbürgerliche Ideal einer übernationalen Humanität einschließt. Die politisch entscheidende Kategorie stellt dann aber doch die Nation dar, während das Weltbürgertum die Sphäre der Moralität beschreibt, eine Auffassung, die eigentlich der besonderen west-europäischen Lösung der Staat-Kirchen-Problematik⁹⁵ und der darin begründeten theologischen Akzeptanz des Staatspluralismus trotz des Postulats der Glaubenseinheit entspricht, wonach der Universalismus religiös-spirituell zu verstehen ist, während die Weltlichkeit der Politik sich im Staatenpluralismus, modern also in der Vielzahl von Nationalstaaten⁹⁶ manifestiert. Diese historische Verortung des Liberalismus erklärt

⁹¹ Von *Philippe Delmas*, Über den nächsten Krieg mit Deutschland. Eine Streitschrift aus Frankreich, 1999, das auf S. 210 abschließt: „Denn Deutschlands Macht wird, wenn wir sie allein lassen, stärker sein als Europa. 'Und das wird sich nur durch Krieg lösen lassen', sagte de Gaulle einmal“ - von Demokratie wird dies also nicht abhängig gemacht!

⁹² So *Steve C. Clemons*, Vizepräsident der New Amerika Foundation in einem *JF*-Interview vom 02.05.2003 über das Ziel amerikanischer Demokratisierungspolitik.

⁹³ Der deutsche Vor-Liberalismus der Lesegesellschaften war deshalb im Wesentlichen eine Erscheinung des aufkommenden Beamtentums; s. zu diesem weit verbreiteten Phänomen: *Richard van Dülmen*, Die Gesellschaft der Aufklärer. Zur bürgerlichen Emanzipation und aufklärerischen Kultur in Deutschland, 1996.

⁹⁴ S. *Meinecke*, a. a. O., S. 21 f.

⁹⁵ S. dazu *Josef Schüßlburner*, Universelle Religion und Staatenvielfalt. Eine religionsgeschichtliche Betrachtung zu Monotheismus und Völkerpluralismus, in: *Motschmann / Dewald*, Kirche, Zeitgeist, Nation, 2006, S.190 ff. <https://links-enttarnt.de/universelle-religion-und-staatenvielfalt>

⁹⁶ S. dazu den 2. Teil der Serie zur Europaideologie: **Staatenpluralismus als Garant der politischen Freiheit:** https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2020/09/Kritik-der-Europaideologie_Teil-2.pdf

letztlich, weshalb Nationalismus als Besonderheit von (West-)Europa ein notwendiges Produkt der Aufklärung darstellt und seine Freiheitlichkeit⁹⁷ manifestiert.

Damit im inneren Zusammenhang stehend ergibt die liberale Konzeption der Marktwirtschaft (Kapitalismus) als übergreifende Rechtsordnung und Wirtschaftssystem die Pluralität gegeneinander konkurrierender Unternehmen, also juristischer Personen des Privatrechts. Die regressive Weltbürgerkonzeption, die den bundesdeutschen Domestikations-Liberalismus kennzeichnet, argumentiert dagegen in einer Weise, als würde aus dem Konzept der Marktwirtschaft folgen, daß es entweder keine juristischen Personen des Privatrechts, sondern nur Individuen als Unternehmer⁹⁸ geben dürfe oder eben nur ein - weltweites - Gesamtunternehmen. Diese aufgrund liberaler Prämissen folgende, wenngleich unausgesprochene Ablehnung der juristischen Personen (wie GmbH, Aktiengesellschaft etc.), die der - meist ausgesprochenen - Ablehnung des Nationalstaates auf der politischen Ebene entspricht, scheint zu völlig konträr sich darstellenden Schlußfolgerungen eines Extremindividualismus (es gibt nur Individuen) einerseits und eines Extremkollektivismus (Sozialismus: Gesamtstaat als Unternehmen, politisch: Weltstaat) andererseits zu führen. Dieser gedankliche Gegensatz löst sich jedoch politisch auf, wenn man den ent-nationalisierten (bundesdeutschen) Liberalismus als Funktion einer übergeordneten liberalen, ultraozeanischen Weltmachtspolitik begreift, die schrittweise die Funktionen der Gebilde übernimmt, die der regressive bundesdeutsche Liberalismus, der Liberalextrémismus, eigentlich beseitigen will, weil sie sich als Nationalstaaten zwischen „dem Menschen“ und „der Menschheit“ schieben.

Extremistischer Einbindungsliberalismus

Die progressiven deutschen (Links-)Liberalen⁹⁹ hatten sich bei ihrer Befürwortung einer deutschen wettbewerblichen Weltmachtspolitik völlig zu Recht an angelsächsischen Vorbildern orientiert, weil sich insbesondere die US-amerikanischen Weltmacht-Bestrebungen zentral aus dem Liberalismus ergeben und dabei den Versuch der Lösung einer klassisch-liberalen Problematik¹⁰⁰ darstellen. Dies kann etwa an der Parteiendoktrin von *Madison* festgemacht werden, die der Gefahr eines durch Parteiherrschaft in einem freien Staat herbeigeführten tyrannischen Systems zu bannen trachtete, indem durch Ausdehnung des Staates der Pluralismus erhöht wird, weil diese Erhöhung der Interessenvielfalt zur gegenseitigen Neutralisierung der tyrannischen Tendenzen des Parteienwesens führen würde:

Weltmachtspolitik erhöht oder erhält demnach die liberale Qualität der inneren demokratischen Ordnung und soll gleichzeitig die Annahme der klassischen auf die Antike zurückgehende europäischen Staatslehre widerlegen, wonach Demokratie nur in Kleinstaaten denkbar sei. Die US-amerikanische Gegenkonzeption realisierte sich zunächst in der als *extending the sphere of liberty* verstandene Annexionspolitik auf dem amerikanischen Kontinent, um dann allerdings

⁹⁷ S. *Stirner*, a. a. O., S. 140, hat dabei unter Bezugnahme auf eine zeitgenössische französische Einschätzung den Liberalismus als zweite Phase des Protestantismus bezeichnet, als politische Freiheit, die mit der religiösen Freiheit ganz parallel laufe.

⁹⁸ In der Tat bereitet die Existenz juristischer Unternehmen, die den Wirtschaftsprozess erkennbar optimieren, der klassischen, den Liberalismus abstützenden Wirtschaftstheorie durchaus Probleme, die dann die sog. Institutionenökonomie in Griff zu bekommen sucht, die dabei zur Erkenntnis kommt, daß Institutionen wie Unternehmen die sog. Transaktionskosten reduzieren und damit ökonomischer sind als Vertragsbeziehungen..

⁹⁹ S. als prominenten Repräsentanten etwa *Paul Rohrbach*, *Der deutsche Gedanke in der Welt*, 1912, insbes. S. 7: „Nur die deutsche Nation hat sich neben den Angelsachsen so entwickelt, daß sie zahlreich und innerlich stark genug erscheint, um auch für ihren Volksgedanken Anspruch auf ein entscheidendes Mitgestaltungsrecht am kommenden Weltalter zu erheben.“

¹⁰⁰ S. dazu *Appleman William Williams*, *Die Tragödie der amerikanischen Diplomatie*, 1973, S. 25 ff.

nach der Annexion von Hawaii, zum Zwecke des Erhalts der Identität des Subjekts der Liberalisierungspolitik, nämlich der USA, in ihrem spezifisch angelsächsisch, d.h. ursprünglich durchaus rassistisch verstandenen liberalem Sinne, über die Nachahmung der europäischen Kolonialherrschaft, insbesondere auf den Philippinen, zum Konzept der seemachtsgestützten indirekten Herrschaftsausübung überzugehen, die im 20. Jahrhundert in Form internationaler Organisationen als *empire by integration*¹⁰¹ formalisiert wurde. Nach den Vorstellungen von US-Präsident *Wilson* sollten internationale Organisationen, die unter dem Schlagwort *democracy* von den angelsächsischen Mächten beherrscht¹⁰² würden, die offene Kolonialherrschaft der liberalen west-europäischen Mächte ablösen, was konzeptionell bereits auf den führenden amerikanischen liberalen Verfassungsjuristen *John W. Burgess*¹⁰³ zurückgeht, der 1890 in seinem maßgeblichen Werk der „nordischen Rasse“ im Interesse des liberalen Fortschritts den Erwerb der Weltherrschaft zugeschrieben hatte. Die „mission of conducting the political organization of the world“ sei so eindeutig die Aufgabe der freiheitlichen „Germanen“, daß „the Teutonic nations can never regard the exercise of political power as a right of man“, sondern eben eines der demokratisch veranlagten „Teutonen“.¹⁰⁴

Deshalb wird nicht die „Parlamentarisierung der Menschheit“ angestrebt, wie es die Logik des liberalen Universalismus nahelegen sollte, weil sich dabei die USA als Menschheitsminderheit wiederfinden würden (und damit an der 5%-Hürde eines Wahlrechts zum Weltparlament nach bundesdeutschem Muster scheitern könnten). Vielmehr werden dem *racial imperative*¹⁰⁵ des US-Liberalismus des 19. Jahrhunderts entsprechend, der den Angelsachsen die natürliche / rassische Veranlagung zu Fortschritt und Demokratie zuschrieb, internationaler Organisationen eingerichtet, die den Angelsachsen und den mit ihnen verbündeten linksextremistischen Spezialdemokratien, wie Sowjetunion und Volksrepublik China, die Weltherrschaft durch eine sie privilegierende Stellung gewährleisten sollen. Die Rechtfertigungsformeln für das Bündnis von US-Liberalismus und Sowjetkommunismus hat dabei zu Erscheinungen eines liberalen Totalitarismus¹⁰⁶ geführt, indem etwa letzterem das Recht zugestanden wurde, massiv den Ausgang freier Wahlen etwa in Finnland zu beeinflussen.

Als „demokratisch“ kann daher eine derartige Einbindungsherrschaft nur beschrieben werden, indem man eine prästabilisierte Interessenharmonie zwischen privilegierten liberalen Staaten (und deren totalitären Partnern) und von diesen beherrschten Staaten ausgeht. Dies ist nur möglich, wenn man die innere Herrschaftsordnung von letzteren auf eine quasi-gemeinderechtliche Selbstverwaltung herabstuft, deren wesentliche Entscheidungen des Plazets der von der liberalen Führungsmacht vertretenen „Menschheit“ bedürfen. Im Extremfall wird diese Interessenidentität durch diktatorische Systeme in den abhängigen Gebieten erzwungen, die mit dem Freiheitsversprechen des universell gedachten Liberalismus als vereinbar angesehen werden kann, weil sie sich mit dem Interesse der für Freiheit stehenden liberalen Führungsmacht deckt, m. a. W.: innerhalb des Kollektivs „liberale Welt- und Wertegemeinschaft“ kann es bei Bedarf schon einmal weniger oder gar nicht „liberal“ zugehen, wenn nur die Interessen der liberalen Führungsmacht dabei gewahrt bleiben, die für Freiheit steht: Im Interesse der so verstandenen „Freiheit“, d.h. den Interessen der liberalen Führungsmacht dienlich, kann es schon einmal weniger „freiheitlich“ zugehen! Zuletzt ist damit die Rückkehr zur Militärherrschaft im Königreich Thailand zu erklären, wofür die

¹⁰¹ S. *Geir Lundstad*, 'Empire' by integration. The United States and European Integration, 1945-1997, 1998.

¹⁰² S. *Williams*, a. a. O., insbes. S. 108 ff.

¹⁰³ S. [https://en.wikipedia.org/wiki/John_Burgess_\(political_scientist\)](https://en.wikipedia.org/wiki/John_Burgess_(political_scientist))

¹⁰⁴ Zitiert bei *Robert Nisbet*, History of the Idea of Progress, 1980, S. 295.

¹⁰⁵ So die entsprechende Darlegung hinsichtlich des US-amerikanischen Rechtssystems von *Derrick A. Bell* in: *Robert Haws* (Hrsg.), The Age of Segregation: Race Relations in the South, 1890-1945; 1978., S. 3 ff.

¹⁰⁶ S. Nachweise hierzu bei *Wilfried Böhm*, Totalitärer Liberalismus, in: *Stefan Winckler / Albrecht Jebens* (Hrsg.), In Verantwortung für die Berliner Republik, 2002, S. 94.

international mit der FDP parteipolitisch verbundenen „Demokraten“ die Hauptschuld trifft.¹⁰⁷ Diese Militärherrschaft war entsprechend der Prämissen der bundesdeutschen VS-Konzeption unvermeidbar,¹⁰⁸ weil die massiven verfassungsgerichtlichen Parteiverbote (ein von der BRD übernommene Konzeption) nicht ausgereichten, Wahlerfolge von „Verfassungsfeinden“ zu verhindern, die diese immer wieder an die Regierung gebracht hatten.

Den Preis für diese Herrschaftsmethodik bezahlten neben den Indianervölkern, für die die zeitgenössische liberale Fortschrittsdoktrin Amerikas nicht so viel übrig¹⁰⁹ hatte, vor allem die dem informellen Herrschaftssystem unterworfenen Lateinamerikaner: Dort entstand, sicherlich auch endogen verursacht, die Variante eines mit Diktatur einhergehenden Liberalismus, den man in der Sprache des bundesdeutschen „Verfassungsschutzes“ als Liberal-Extremismus kennzeichnen müßte. Für Lateinamerika waren nämlich insbesondere im 19. Jahrhundert, aber durchaus noch im 20. Jahrhundert Diktaturen kennzeichnend, die sich selbst dem liberalen Anliegen verpflichtet fühlten. Zusammenfassend heißt es bei einem Lateinamerikaexperten¹¹⁰ im Falle Honduras,¹¹¹ daß die beherrschende Figur des Landes General *Francisco Morazán*¹¹² darstellte, „der es verstand, die im nationalen Großbürgertum aufkeimenden *Ideen des Liberalismus* für seine eigenen *diktatorischen Machtansprüche* zu nutzen“, „eine Kombination, die *in ganz Lateinamerika* üblich wurde.“ Am bekanntesten ist vielleicht der Fall von Nicaragua,¹¹³ das lange der Diktatur der *Somozas*¹¹⁴ unterstand, die sich auf die Liberale Partei und die USA¹¹⁵ stützte. Die Ideologie dieses diktatorischen Regimes, kann - in Anlehnung an die bundesdeutsche VS-Terminologie - als liberal-extremistischer Kollektivismus¹¹⁶ beschrieben werden und wurde 1935 von *Horacio Espinoza* präsentiert, wonach der Liberalismus, der ökonomischen und rechtlichen Individualismus hervorhebe, im Zeitalter des Kollektivismus abgelöst werden müsse durch einen Liberalismus des Volkes und seiner Rechte. Nur so könne der Liberalismus seine führende Position behaupten. *Somoza* fand den hierzu notwendigen, mit dem Kapitalismus vereinbaren Staatssozialismus zunächst in neuem Deutschland von *Hitler* und im Italien von *Mussolini* verwirklicht, entschied sich dann aber für *Roosevelts New Deal*¹¹⁷ als Modell einer liberalextremistischen, weil im Falle Nicaraguas und anderer lateinamerikanischer Staaten mit Diktatur einhergehenden Liberalismus.

¹⁰⁷ S. dazu den 23. Teil der Serie zur Parteiverbotskritik: **Liberale „Demokraten“ mit Parteiverbot und Militärdiktatur gegen „Populisten“: Mitte-Herrschaft im Königreich Thailand**
<https://links-enttarnt.de/parteiverbotskritik-teil-23>

¹⁰⁸ S. zur für das amerikanische Weltherrschaftssystem zentralen Frage, ob ein Militärputsch demokratisch sein kann, den 17. Teil der Serie zur Parteiverbotskritik: **Militärputsch zur Demokratisierung? Diktaturbegründung im islamischen Kulturkreis und bundesdeutsche Parteiverbotskonzeption**
<https://links-enttarnt.de/parteiverbotskritik-teil-17>

¹⁰⁹ S. *B. Schwarz*, The Diversity Myth: America's leading export, in: *The Atlantic Monthly*, Mai 1995, S. 57 ff., 64: „Moreover, building America required nearly 300 years of genocidal wars against Native Americans“.

¹¹⁰ S. *Leo Gabriel*, Aufstand der Kulturen. Konfliktregion Lateinamerika, 1988, S. 17; Hervorhebungen hinzugefügt.

¹¹¹ S. <https://de.wikipedia.org/wiki/Honduras#Geschichte>

¹¹² S. <https://www.britannica.com/biography/Francisco-Morazan>

¹¹³ S. <https://de.wikipedia.org/wiki/Nicaragua#Geschichte>

¹¹⁴ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Anastasio_Somoza_Debayle

¹¹⁵ Dies ist von *Gerd Langguth*, Wer regiert Nicaragua? 1989, S. 21 und 227 durchaus erkannt worden, stellte aber bei diesem Verfasser keinen Grund dar, einmal gründlicher über verfassungsfeindliche Formen des Liberalismus zu reflektieren.

¹¹⁶ S. umfassend *Knut Walter*, The Regime of Anastasio Somoza 1936-1956, 1993, insbes. S. 44 ff.

¹¹⁷ Daß zwischen diesen Regimes trotz entgegengesetzter Annahmen des bundesdeutschen Verfassungsschutzes konzeptionelle Ähnlichkeiten bestanden, hat *Wolfgang Schivelbusch*, Entfernte Verwandte. Faschismus, Nationalsozialismus, New Deal 1933-1939, 2005, aufgedeckt.

Letztlich geht diese, die lateinamerikanische Entwicklung kennzeichnende Problematik auf die Zeit der Unabhängigkeit zurück, in der der „Liberador“ *Simon Bolivar*¹¹⁸ gezwungen war, Abstriche von den die USA formell imitierenden liberalen Positionen zu machen.¹¹⁹ Der Vorkämpfer des Liberalismus und der Unabhängigkeit als Voraussetzung der politischen Freiheit mußte Diktator werden, womit der politische Fehlschlag¹²⁰ Südamerikas eingeleitet war, wie er insbesondere im Vergleich mit dem monarchisch-konstitutionell regierten Europa des 19. Jahrhunderts deutlich wird: Was die „Bewältigung“ mit ihrem a-politischen Sonderwegs-Vorwurf¹²¹ dem deutschen (National-)Liberalismus vorhält, sich nämlich auf dem „Obrigkeitsstaat“ eingelassen zu haben, war demnach durchaus eine nachvollziehbare politische Einstellung,¹²² gab es doch noch eine Welt außerhalb der vorbildlichen USA (mit Sklavenstaaten und dem im 19. Jahrhundert exzeptionellen Sezessionskrieg), woran man ermessen konnte, ob die eigene Politik sich als sinnvoll und erfolgreich darstellt (und selbst ein russischer Zar konnte einem lateinamerikanischen Diktator vorgezogen werden).

Die Gründe für die diktatorische Entwicklung des Liberalismus waren schon *Bolivar* geläufig: Es fehlte in Lateinamerika an dem Volk, das man offensichtlich zur Errichtung eines dauerhaften liberal-demokratischen Regimes benötigt. Im Unterschied zu den USA, deren Verfassung von 1787 sich in eine Tradition einordnete, die bis zu den Sektentheokratien Neuenglands des 16. Jahrhunderts zurückreicht, machte der lateinamerikanische Liberalismus mit der Unabhängigkeit von der spanischen Monarchie *tabula rasa*¹²³ und verkündete die „Stunde Null“: Die Nation sollte und mußte, anders als in den USA, per Gesetzesdekret und nicht als Ergebnis eines längeren Prozesses entstehen. Lateinamerika stand mit Beginn der Unabhängigkeit im Zeichen des „Verfassungspatriotismus“ von „Staaten ohne Nation“¹²⁴ - bezeichnend ist, daß etwa das Militär in Peru¹²⁵ die von ihr initiierte (liberale) Partei „Verfassungspartei“¹²⁶ nannte. Als Abhilfe wurde neben der Beschränkung des Wahlrechts wegen mangelnder politischer Reife der Bevölkerungsmehrheit die Einwanderung vorgeschlagen, wobei „die Liberalen ausländischen Einwanderern den Vorzug vor der indianisch-mestizischen Bevölkerung“ gaben,¹²⁷ wurde doch die einheimische Bevölkerung für die „Notwendigkeit“ der Diktatur verantwortlich gemacht, während „das äußere Prinzip“, d.h. die Einbindung in die angelsächsische Welt „den Fortschritt“ beflügelt: der „germanischen Rasse“ - und damit den entsprechenden Einwanderern - entspreche der Parlamentarismus, während die lateinamerikanische Rasse der Diktatur bedürfe: Dieser Liberalismus kann demnach als verfassungspatriotisch und inländerfeindlich mit Neigung zu diktatorischen Lösungen beschrieben werden. Um Anreize für die Einwanderung zu geben, sollten durch autoritäre Maßnahmen Recht und Ordnung, d.h. Eigentum und Ehre (bundesdeutsch:

¹¹⁸ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Sim%C3%B3n_Bol%C3%ADvar

¹¹⁹ S. dazu das grundlegende Werk von *Nikolaus Werz*, *Das neuere politische und sozialwissenschaftliche Denken in Lateinamerika*, 1992, S. 48 ff.

¹²⁰ Dies war allerdings keine ausgemachte Sache, weil die liberalen Oligarchien durchaus erfolgreich waren; so hatte 1860 Argentinien ein höheres Pro-Kopf-Einkommen als die USA, s. *Wertz*, a. a. O., S. 57; umso mehr stellt der nachfolgende relative (vorübergehend auch absolute) Niedergang eine Warnung vor einem falsch verstandenen Liberalismus dar.

¹²¹ S. dazu *Wolf Kalz*, *Die Ideologie des „deutschen Sonderwegs“*. Exkurse zur Zeithistorie, 2005.

¹²² S. dazu die Ausführungen des Verfassers zur Rechtfertigung der Preußischen Verfassung vom 31. Januar 1850 gerade im Hinblick auf das zeitgenössische Lateinamerika

<http://ef-magazin.de/2010/01/31/1834-preussens-gloria-katechon-gegen-die-demokratische-despotie>

¹²³ S. dazu *FAZ* vom 28.11.1995, *Verfassung ohne Land und Volk, Revolution aus dem Geist der spanischen Klassik: Simon Bolivars Rede von Angostura als politischer Entwurf Lateinamerikas*.

¹²⁴ S. *Wertz*, a. a. O., S. 92.

¹²⁵ S. <https://de.wikipedia.org/wiki/Peru#Geschichte>

¹²⁶ S. *Eleonore von Oertzen*, *Peru*, 1996, S. 180.

¹²⁷ S. *Wertz*, a. a. O., S. 56.

Menschenwürde) der Einwanderer geschützt und damit gleichzeitig die kapitalistische Ordnung gewährleistet werden.

Mit derartigen Problemstellungen konfrontiert, ging die lateinamerikanische Variante des Liberalismus in den sog. Positivismus¹²⁸ über, der sich vor allem an den Lehren des französischen Fortschrittsphilosophen *Auguste Comte* (1798-1857)¹²⁹ ausrichtete und bei Aufnahme konservativer Elemente zur eigentlichen Staatsdoktrin Südamerikas von den 80er Jahren des 19. bis in die 30er Jahre des 20. Jahrhunderts wurde. Die lateinamerikanischen „Positivisten“ sahen sich in der Tradition des Liberalismus, wollten jedoch Freiheit mit Ordnung verbinden. Sie gingen in der Regel davon aus, daß in Anbetracht der sozialen und kulturellen Situation ihrer Länder die Diktatur am ehesten geeignet sei, den liberalen Endzustand herbeizuführen. In Venezuela wurde ein demokratischer Cäsarismus, d.h. eine Entwicklungsdiktatur im Interesse des Allgemeinwohls propagiert. Das Buch von *Laureano Vallenilla Lanz*, *Cesarismo democratico*, das der lang dauernden liberalextremistischen Diktatur von *Juan Vicente Gomez* (1908-1935)¹³⁰ die ideologische Grundlage lieferte, ist auf Anweisung von *Mussolini* unter größten Ehren ins Italienische übersetzt worden, was die zeitgenössischen Zusammenhänge von Liberalextremismus und Faschismus deutlich macht, die auch deshalb gegeben sind, weil *Mussolini* von seinem dem Liberalismus verpflichteten Vater den Vornamen von *Benito Juarez* erhielt (der auf Italienisch *Benedetto* hieß), womit vielleicht die zentralste Figur des lateinamerikanischen Positivismus angesprochen ist, hat doch mit ihm in Mexiko¹³¹ bis zur jüngsten Demokratisierung die liberalextremistische Herrschaftsform ihre stabilste Ausprägung erhalten. Das 1917 dort errichtete Regime leitet sich vom Liberalismus der Herrschaft *Benito Juarez*¹³² ab, der in den letzten Jahren seiner Regierungszeit (1858-1872) eine „aufklärerische Despotie“ errichtet hatte. Diese wurde fortgeführt von der Diktatur *Porfirio Diaz* (1877-1880, 1884-1911),¹³³ unter dem die „eigentlichen Positivisten“, die bereits vom liberalen Biologismus *Spencers* beeinflusst waren, als „Wissenschaftler“ die Macht ausübten. Diese gingen davon aus, daß Mexiko¹³⁴ noch nicht den Entwicklungszustand erreicht habe, der die Freiheit, der sich die „Wissenschaftler“ im Sinne von *Comte* verpflichtet fühlten, zulasse. Nach einem horrenden Bürgerkrieg („Revolution“) der liberal-extremistischen Fraktionen wurde dann das bis zur erstmaligen Wahl eines konservativen Präsidenten, nämlich *Vicente Fox*,¹³⁵ bis zum Jahr 2000 dauernde Regime errichtet, das formal das US-Regierungssystem adaptiert hatte, aber in der Praxis die Diktatur eines informellen Zirkels darstellte, wobei jedoch, soweit es die Umstände des Machterhalts erlaubten, der Demokratie formal insoweit Rechnung getragen wurde, indem die Staatspartei der „Institutionalisierten Revolution“¹³⁶ nicht die absurd-totalitären 99 % der Stimmen, sondern die völlig ausreichenden ca. 70 % bekam und deshalb an der Existenz genuiner linker und rechter Opposition durchaus interessiert war - es handelt sich demnach auch um ein diktatorisches Mitte-Regime! Hauptinstrument der informellen Herrschaft war das angenommene Recht des auf sechs Jahre ohne Wiederwahlmöglichkeit¹³⁷ gewählten

¹²⁸ S. ebenda, S. 63 ff.

¹²⁹ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Auguste_Comte

¹³⁰ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Juan_Vicente_G%C3%B3mez

¹³¹ S. dazu das Werk von *Chr. Graf v. Krockow*, Mexiko, 1974.

¹³² S. https://de.wikipedia.org/wiki/Benito_Ju%C3%A1rez

¹³³ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Porfirio_D%C3%ADaz

¹³⁴ S. <https://de.wikipedia.org/wiki/Mexiko#Geschichte>

¹³⁵ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Vicente_Fox

¹³⁶ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Partido_Revolucionario_Institucional diese Diktaturpartei hat sich mittlerweile als sozialdemokratisch offenbart.

¹³⁷ Man hat sich also an der US-Verfassung orientiert, die eine Wiederwahl bei einer Wahlperiode von jeweils vier Jahren vorsieht und hat dies mit einer etwas verlängerten Wahlperiode von sechs Jahren ohne Wiederwahlmöglichkeit ausgestaltet: die liberale US-Verfassung bildete aber den Orientierungspunkt des mexikanischen diktatorischen Systems.

Präsidenten zur privatwirtschaftlichen Nötigung, die sich deshalb effektiv dargestellt hat, weil *ultima ratio* derselben der politische Mord („Autounfall“) darstellte. Mit den so erworbenen Mitteln konnte zu gefährlich werdende Opposition und ihre Presse bei Bedarf aufgekauft werden, sofern andere Mittel sich nicht als ausreichend darstellten.

Mexiko mag mit dieser Art von Herrschaft im lateinamerikanischen Kontext noch gut gefahren sein, verglichen mit den Systemen der „nationalen Sicherheit“, die von den USA zur Kommunismusabwehr gebilligt oder gar initiiert wurden. Diese letztlich auf die außenpolitische Sicherheit der liberalen USA ausgerichteten Diktaturen mußten allerdings dann nach der antidiktatorischen Wende der USA seit den 1980er Jahren des 20. Jahrhunderts ebenfalls weichen. Die seitdem eingetretene formale Re-Demokratisierung geht allerdings in weiten Teilen Lateinamerikas mit inneren Souveränitätsverlusten durch die Erosion staatlicher Ordnung¹³⁸ einher. Hierfür ist insbesondere das lange Zeit von der Liberalen Partei, bzw. von einem staatsrechtlich verankerten Kartell dieser Partei mit der konservativen „Konkurrenz“ regierte Kolumbien¹³⁹ zu nennen ist, in dem wie in Peru der Staat die Verfügungsgewalt über Teile seines Territoriums an die Drogenwirtschaft, terroristischen Subkulturen und privat(wirtschaftlich) agierenden Sicherheitskräften verloren hat. Nach Einschätzung eines in Lateinamerika tätigen deutschen Anwalts¹⁴⁰ käme (nur) Chile¹⁴¹ „als einziges demokratisch rechtsstaatlich stabiles Land in Lateinamerika“ in Betracht, (unausgesprochene) Folge der Einführung eines stabilen liberalen Kapitalismus durch Diktator *Augusto Pinochet* und eines maßgeblichen Anteils einer deutschstämmigen Bevölkerung (auch wenn dazu zwischenzeitlich auch die Ex-(Hilfs-)Diktatorin *Margret Honecker* zählte). Dagegen gibt es im Hinblick auf Brasilien die Einschätzung, daß der überwiegende Teil der Bevölkerung „mangels polizeilicher Kontrolle kein großes Interesse im Alltag“ hat, „trotz gesetzlicher Vorgaben eine rechtsstaatliche Ordnung einzuhalten“.

Als wesentliche Ursache der Tendenzen eines Staatszerfalls und der bleibenden Unterentwicklung dürfte der Fehlschlag des lateinamerikanischen Liberalismus und der aus ihm unmittelbar hervorgegangenen positivistischen und pseudo-nationalistischen Ideologien auszumachen sein, wirkliche Nationen zu schaffen. Der damit verbundene Mangel an Nationalismus im (west-)europäischen Sinne mag als Erklärung für die geringe Anzahl der zwischenstaatlichen Kriege in Lateinamerika positiv angeführt werden, wofür es dann durch die Innengerichtetheit der politischen Feindschaft allerdings bei weitem mehr Bürgerkriege und vor allem Diktaturbereitschaft gegeben hat, die sich nunmehr in Korruption und Kriminellenherrschaft spiegelt. Dies hat diesen Subkontinent außenpolitisch, zurückgehend auf die *Monroe*-Doktrin des Amerikanismus, leicht beherrschbar gemacht: Nach einem Bericht des US-Kongresses hat es zwischen 1798 und 1965 wohl 150 militärische US-amerikanische Interventionen¹⁴² gegen lateinamerikanische Staaten geben, bei Hinzufügung der verdeckten Aktionen (also mittels Geheimdienstes) kommt man nach diesem Bericht auf 984. Ohne machtpolitisch nach außen gerichteten Wettbewerbswillen, der in Lateinamerika nicht effektiv ausgebildet werden konnte, scheint letztlich auch der Anreiz, die wirtschaftliche Unterentwicklung „zu Hause“ zu überwinden, nicht hinreichend gegeben. Diese Erklärung kann man durchaus als Rechtfertigung des traditionellen deutschen Nationalliberalismus verstehen, verdankt doch (West-)Europa seinen Aufstieg über die potentiell konkurrierenden Weltkulturen im Rahmen eines „kapitalistisch“ werdenden Wirtschaftssystems vor allem der

¹³⁸ S. *Werz*, a. a. O., S. 357.

¹³⁹ S. dazu *Heinz Mayer*, Kolumbien: Der schmutzige Krieg, 1990; sowie bei *Dieter Nohlen*, Wahlsysteme der Welt. Daten und Analysen, 1978, S. 345 ff.

¹⁴⁰ S. Interview mit Rechtsanwalt *Walden*, in: *NJW* Heft 15/2009, S. XIV f. „Der Auswanderer“.

¹⁴¹ S. <https://de.wikipedia.org/wiki/Chile#Geschichte>

¹⁴² S. dazu *Hans-Jürgen Prien*, Der Einfluß Nordamerikas auf Lateinamerika auf sozio-politischem Gebiet, in: Fünfhundert Jahre Lateinamerika, *Bernhard Mensen* (Hrsg.), 1989, S. 81 ff., S. 88.

Militärtechnologie.¹⁴³ Oder soll die Ursache der Unterentwicklung Lateinamerikas in der - am ideologischen Maßstab des 19. Jahrhunderts durchaus als liberal zu kennzeichnenden - rassistischen Erklärung gefunden werden, wonach „Demokratie fortschrittsfeindlich ist, wenn zwei Rassen von ungleichem Wert Seite an Seite leben“?¹⁴⁴

Bundesdeutscher Liberalextrémismus

Der Hinweis auf Lateinamerika, wo der Liberalismus „bis in die Gegenwart wenigstens formal eine sehr gewichtige Stellung zu behaupten vermochte,“¹⁴⁵ ist nicht zuletzt deshalb erkenntnisfördernd, weil der Blick auf diesen Halbkontinent vielleicht eine Einschätzung erlaubt, mit welcher die bundesdeutsche Verfassungsordnung gefährdenden Erscheinungen des Liberalismus oder unmittelbar von ihm beeinflusster ideologischer Strömungen, wie dem „Mittismus“,¹⁴⁶ angesichts seiner durch die außenpolitische Einbindung herbeigeführten Entnationalisierung gerechnet werden muß. Den bundesdeutschen Liberalismus - und gemeint ist damit die gesamte „Mitte“, die sich selbst als „liberal“ versteht - kennzeichnet die Regression ins vor-politisch Universalistisch-Weltbürgerliche, die den „Menschen“ („Bevölkerung“, „Marktbürger“ etc.) und die „Menschheit“ („Europa“, „westliche Wertegemeinschaft“) zur eigentlichen politischen Größe macht. Damit ist jedoch dieser Liberalismus auf keine politische, d.h. auf eine bestimmte „Polis“ (Nation) bezogene Begrifflichkeit im eigentlichen Sinne ausgerichtet, sondern auf eine theologische oder biologische Terminologie, die vielleicht einer Imperialmacht die Herrschaftslegitimation verschafft, nicht jedoch einem „normalen“ demokratischen Nationalstaat, der durch derartige ideologie-politische, ja theologischen Rückbildungen tendenziell eher „delegitimiert“ (VS-Vokabel) wird.

Die Möglichkeit einer damit einhergehenden Wandlung des Liberalismus in ein metaphysisches System läßt sich explizit an der Entwicklung des sog. Positivismus in Brasilien¹⁴⁷ beobachten. Die liberalen Endvorstellungen verpflichteten Positivisten, die *científicos*,¹⁴⁸ die sich so nannten, weil sie glaubten, einem (sozial-)wissenschaftlichen Programm der sich über diktatorische Zwischenschritte zu realisierenden Freiheit zu folgen, gaben nämlich ihrer Ideologie ein metaphysisches Element. „Der Positivismus wuchs sich zu einer Form des Glaubens an die ‘science’ aus.“¹⁴⁹ 1897 wurde in Rio de Janeiro von einer positivistischen Sekte, die dem „positivistischen“ Motto der Staatsflagge „Ordnung und Fortschritt“¹⁵⁰ folgte, eine eigene Kirche gegründet, die einen „Tempel der Humanität“ einweihte. Die dort entwickelten Verfassungsvorstellungen haben die besondere Art der langjährigen Militärherrschaft Brasiliens des 20. Jahrhunderts, unter der Wahlen¹⁵¹ bei zwei zugelassenen, durchaus unabhängigen Parteien - einer maßgeblicheren liberalen und eine

¹⁴³ S. dazu *Geoffrey Parker*, Die militärische Revolution. Die Kriegskunst und der Aufstieg des Westens 1500-1800, 1990.

¹⁴⁴ So *Madison Grant*, *The Passing of the Great Race*, 1916, S. 23, eine seinerzeit auch in Deutschland sehr bekannte Veröffentlichung, die für *Hitler* eine „Bibel“ gewesen sein soll, unter Hinweis auf die mexikanische Mischbevölkerung, die „ihre Unfähigkeit zum Selbstregieren bewiesen“ habe.

¹⁴⁵ So auch *Valjavec*, a. a. O., S. 13.

¹⁴⁶ S. dazu: [Konsensdemokratie. Die Kosten der politischen Mitte](#) von *Josef Schüßlburner* von Edition Antaios (Gebundene Ausgabe - 1. Oktober 2010) [Neu kaufen](#): EUR 8,50.

¹⁴⁷ S. <https://de.wikipedia.org/wiki/Brasilien#Geschichte>

¹⁴⁸ S. den (schwachen) Beitrag zur mexikanischen Variante: <https://de.wikipedia.org/wiki/Cient%C3%ADfico>

¹⁴⁹ S. *Werz*, a. a. O., S. 72 f.

¹⁵⁰

S. https://de.wikipedia.org/wiki/Flagge_Brasiliens#:~:text=Die%20Flagge%20Brasiliens%20zeigt%20eine%20gelbe%20Raute%20auf,des%20Hauses%20Braganza%2C%20Gelb%20die%20der%20Habsburger%20.

¹⁵¹ S. dazu *Nohlen*, a. a. O., S. 341 ff.

oppositionellen demokratischen -, zu einem machtlosen Parlament stattfinden konnten, konzeptionell erstaunlich gut vorweggenommen.

In der Bundesrepublik Deutschland ergeben sich die starken religiösen Züge der sich als „liberal“ verstehenden etablierten „Mitte“, aus dem geschichtstheologisch aufgewerteten Akt der *unconditional surrender* gegenüber den für „Liberalismus“ („Westen“) stehenden Siegermächten. Der Gewaltfaktor Krieg, Einbruch des schöpferischen Urzustandes in die Politik, legitimiert als „Gottesgericht“ (Aufschrift an der Ruine der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche) heilsgeschichtlich die Herrschaft. Durch dieses „Gottesurteil“ ist der Besiegte geschichtstheologisch widerlegt, er ist danach - wahlweise zurückgehend auf *Armin*, *Luther* oder nur auf *Bismarck* - einen liberalismusfeindlichen „Sonderweg nach Auschwitz“ gegangen, den es beständig als staats theologische Aufgabe zu „bewältigen“ gilt, damit „Liberalismus“ sei. Durch die über die zivilreligiöse „Bewältigung“ mögliche Identifizierung mit der liberalen Siegermacht wird dann der Besiegte zum Mitsieger und ist bereit, gegen die „Verlierer“ im eigenen Volk¹⁵² verfolgungspolitisch, dies „Zivilcourage“ nennend, vorzugehen. Auf diesen Mechanismus, den sie als „deutschen Untertanengeist“ verstanden, haben die Westalliierten bewußt gesetzt: „Der deutsche Untertanengeist bewirkt die Übertragung der Gefolgschaft vom verlassenen Führer auf den Eroberer, mit der Bewunderung für seine Macht und seinen Erfolg.“¹⁵³ Der theokratische Herrschaftsanspruch des Amerikanismus als verkörperter Liberalismus wird schon in den Anweisungen von 1945 für die *Re-education, What to do with Germany. 1945. Distributed by Special Service Division, Army Service Forces, U.S. Army. Not for Sale*,¹⁵⁴ deutlich, in denen die in Deutschland durch die amerikanische Besatzungsmacht zu verwirklichende Freiheit im Akt theokratischer Selbstermächtigung wie folgt legitimiert wird: „Uns ist die Aufgabe zugefallen, Frieden und Freiheit zu retten; jene Freiheit am Berg Sinai geboren, in Bethlehem in die Wiege gelegt, deren kränkelnde Kindheit in Rom, deren frühe Jugend in England verbracht wurde, deren eiserner Schulmeister Frankreich war, die ihr junges Mannesalter in den Vereinigten Staaten erlebte und die, wenn wir unser Teil dazu tun, bestimmt ist zu leben – all over the world“. Damit hat sich der „Liberalismus“ als Instrument dessen verstanden, was einst vom Sinai gekommen war, um es über weltgeschichtliche Zwischenstufen, die man ideologiepolitisch als „liberalen Westen“ zusammenfaßt, in Form eines amerikanischen Gnadenakts „für die Bundesrepublik“ als „Grundgesetz“¹⁵⁵ weiterzureichen. Dieses stellt in seiner Präambel „das deutsche Volk“ nicht nur unter „Verantwortung vor Gott“, sondern auch unter der „vor den Menschen“, welche die USA zu vertreten behaupten, wozu die USA legitimiert sind, weil „Gott“ im „Gottesgericht“ des Krieges Sieg verliehen hat. Da „Menschheit“ durch die USA repräsentiert wird, läuft geschichtstheologisch abgeleitete „Demokratie“ auf USA-Bewunderung und die Akzeptanz von US-Befehlen als „demokratisch“ hinaus, was die staatsideologische Bekämpfung entsprechender „gegen den Liberalismus“ gerichteter Verfassungshäresien insbesondere durch den bundesdeutschen „Verfassungsschutz“ erzwingt.

Es sollte eigentlich überflüssig sein, darauf hinzuweisen, daß demgegenüber das weltliche Demokratiekonzept bei Respektierung bestimmter Handlungsmaximen im außenpolitischen Machtkampf, eher zur Betonung der Unterschiedlichkeit der wirtschaftlichen, politischen und

¹⁵² So kann man die staatsreligiösen Züge des „Kampfes gegen Rechts“ erklären; bei staats theologisch unerwünschten Wahlerfolgen einer derartigen Partei ist beliebtestes Erklärungsmuster im sozialisierten Rundfunksystem, daß „Modernisierungsverlierer“ falsch gewählt hätten.

¹⁵³ S. PRO London F.O. 371/16864 von Ende 1944, zitiert bei *Wolf D. Gruner*, Die deutsche Frage in Europa 1800 bis 1990, 1993, S. 215.

¹⁵⁴ Abgedruckt bei *Werner Symanek*, Deutschland muß vernichtet werden, S. 149 - 151.

¹⁵⁵ Ein Begriff, der an sich weniger als „Verfassung“ besagen soll, aber eher leichter religiös konnotiert werden kann und sich dann sogar und mit zunehmender Entschlossenheit gegen die Einführung einer Verfassung (vgl. Art. 146 GG) sperrt.

vergleichbaren Interessen führt. Die zivilreligiöse Aufladung des weltbürgerlich-regressiven Liberalismus ist daher als „extremistisch“ auszumachen. Dies wird in der Bundesrepublik Deutschland durchaus erkannt, auch wenn man dies im Interesse der Integrität des staatsdoktrinären „Liberalismus“ nicht gerne zugeben will und statt der naheliegenden Begrifflichkeit „Liberalextremismus“ „neuartige Formen des Extremismus“¹⁵⁶ erfindet. Gemeint ist das Phänomen *Scientology*, ein Begriff, der sehr an den religiös aufgeladenen liberalextremistischen Positivismus Brasiliens und von Mexiko erinnert, welcher als *cientifismo* firmierte. Legt man die seinerzeitige Broschüre des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend *Die Scientology-Organisation - Ziele, Praktiken und Gefahren* vom Januar 1996 zugrunde, das in diesem Falle einmal maßgeblich „Verfassungsschutz“ gespielt hat, dann lautet der relevante Extremismusvorwurf, daß die *Scientology*-Organisation keine Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaft sei, „sondern ein weltweit operierendes, hemmungslos auf Gewinn ausgerichtetes Unternehmen“. Als „menschenverachtend“ wird es angesehen, daß diese Organisation zum Zwecke der Gewinnerzielung ihre Mitarbeiter ständig zu neuen Höchstleistungen antreiben wolle. „Die bekannten Arbeitsverträge machen deutlich, daß die Gewinnmaximierung zentrales und beherrschendes Ziel der scientologischen Ideologie ist.“

Diesen zentralen Vorwurf kann man, bringt man ihn auf die Begriffsebene des amtlichen „Verfassungsschutzes“, in der Tat nur als „liberalextremistisch“ kennzeichnen, da Gewinnmaximierung bekanntlich das zentrale Kriterium und Steuerungselement einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung darstellt, die den ideologischen Kern des Liberalismus ausmacht. Macht man sich die Mühe, nicht nur die regierungsamtliche Einschätzung, sondern die politischen Aussagen von *Scientologen* in deren eigenen Schriften¹⁵⁷ zu lesen, dann werden Thesen deutlich, die geradezu einen offiziellen bundesdeutschen Charakter haben, weshalb nicht verwundern sollte, daß nur sog. Mitte-Parteien wie CDU und FDP, die für *Scientologen* aufgrund ideologischer Affinität attraktiv zu sein scheinen, sich genötigt sahen, Unvereinbarkeitsbeschlüsse¹⁵⁸ zu fassen: Da wird vor der Tendenz steigender „Fremdenfeindlichkeit“ in Deutschland gewarnt und auf das Aufleben des „Neonazismus“ wird hingewiesen. *Richard v. Weizsäcker* gilt als einer der „wenigen prominenten deutschen Politiker, die gegen die subtile Rückkehr zum Faschismus die Stimme“ erhoben hätten. Als weiterer Held von *Scientology* wird *Simon Wiesenthal* angeführt, der meinte, es käme darauf an, wieviele Leute mit Wohlwollen da sein werden, um den „Nazis oder Faschisten oder Radikal-Nationalisten oder Weiße-Vormachtstellungen“ entgegenzutreten, wobei sich *Scientology* natürlich in die antifaschistische Schlachtordnung einreicht; denn „die Augen der Welt sind auf Deutschland gerichtet!“

Wenn der Extremismus von *Scientology*, wie zu lesen war, etwa auch darin besteht, daß diese sich an Ideen „des absoluten heldischen Übermenschen“ orientiert,¹⁵⁹ dann bedeutet dies ebenfalls eine Steigerung des liberalen Individualismus ins Extremistische, der allerdings mehr oder weniger zwingend aus dem regressiven Universalismus folgt und über seinen inhärenten Biologismus - „Mensch“ und „Menschheit“ sind letztlich auch biologische Größen - zu

¹⁵⁶ Lt. *Der Spiegel* 3/96, S. 17 hat der Politikwissenschaftler *Jaschke* in einem Gutachten für das Innenministerium von NRW, welches „unveröffentlicht“ war (dem *Spiegel* aber mitgeteilt worden ist) den Begriff „neuartige Form des politischen Extremismus“ geprägt, ein ideologischer Kunstgriff, welcher der Immunisierung des „Liberalismus“, d.h. der politischen „Mitte“ dient.

¹⁵⁷ S. die Schrift *Freiheit* (!) mit dem Titelthema „Psychiatrie“, die 1996 mit einer Auflage von 1 Mio. Exemplaren kostenlos verteilt worden ist und damit als repräsentativ gelten kann.

¹⁵⁸ Lt. *FAZ* vom 8.8.1996 gibt es bei der CDU einen derartigen Beschluß; dagegen scheint ein FDP-Parteigericht einen entsprechenden Parteiausschluß mißbilligt zu haben, so die Behauptung des vorgenannten *Scientologenblattes*, S. 19; s. auch *Stern* Nr. 39/96, S. 162: Gegen *Scientologen* als Parteimitglieder sind CDU und FDP machtlos - wahrscheinlich hilft nur die VS-Überwachung dieser Parteien!

¹⁵⁹ Lt. *FAZ* vom 16.01.1996.

neuartigen Formen des Rassismus führt: Während der politische Feind des deutschen Nationalisten aufgrund der außenpolitischen Gegensätze, die sich insbesondere bei benachbarten Staaten ergeben, etwa Polen (dessen Annexionspolitik) ist, ist der Feind des Menschenfreundes der Un-Mensch, wie schon *Stirner* beim vor-nationalistisch-weltbürgerlichen Liberalismus festgestellt hatte, dem noch die Entscheidung der französischen Nationalversammlung geläufig war: *l'humanité existe à exterminer ses ennemis!* Der Nationalist muß einem Angehörigen seines nach politischen Kategorien definierten Feindes nicht notwendigerweise das Menschsein absprechen. Der politische Universalismus ist dazu aufgrund der theologischen Begrifflichkeit „Mensch“ veranlaßt, die die Feindschaft metaphysisch überhöht, zumal der „Un-Mensch“ wegen der Tatsache, daß „Mensch“ auch ein biologischer Begriff ist, ziemlich schnell rass(ist)isch kategorisiert wird.

Im bundesdeutschen Liberalismus, bzw. der Mitte-Ideologie zeigt sich dieser Rassismus vor allem in der Ausländeridolatrie, die im Bekenntnis gipfelt: „Mein Freund ist Ausländer“! Unter „Ausländer“ in dem gebrauchten ideologie-politischen Sinne wird dabei stillschweigend jemand mit einer nicht-weißen Hautfarbe verstanden, dem dabei zugeschrieben wird, moralisch höherwertiger zu sein; er ist zumindest grundsätzlich gut und hat die Unschuldsvermutung in einem umfassenden Sinne auf seiner Seite, was schon den Begriff „Ausländerkriminalität“ verbietet, ein Verbot, daß vor allem der „Verfassungsschutz“ mit seiner Eingriffsberichterstattung gegen oppositionelle Strömungen durchsetzt. Dagegen ist der potentielle Feind des „Menschen“, nämlich der abstammungsmäßig nicht privilegierte Deutsche, einem bewältigungstheologischen Generalverdacht unterstellt, der dem weltbürgerlichen Liberalismus entsprechend dahin geht, dem Begriffspaar *Gott und Menschen* der Grundgesetz-Präambel stillschweigend das Begriffspaar *Teufel und Deutsche*¹⁶⁰ beizugesellen: Moralischer Fortschritt ist nach diesen weltbürgerlichen Annahmen auf der Grundlage einer sich radikalierenden Deutschfeindlichkeit¹⁶¹ nur durch - im Zweifel verfassungswidrige - Masseneinwanderung zu erreichen, was bei stillschweigendem Aufgreifen des französischen Kriegsslogans aus dem 1. Weltkrieg *la race humaine contre la race Allemande* durchaus mit Deutschenvertreibung und -verdrängung einhergehen kann.

Dies erklärt die nahezu völlige Gleichgültigkeit der politischen Klasse an der Bewältigung der Deutschenvertreibung, was nach den Prämissen der Bewältigungslehre, wonach man „bewältigen“ müsse, damit sich etwas Schlimmes nicht wiederholt, nur bedeuten kann: Eine weitere Deutschenvertreibung kann - zumindest bei Verfassungsschutzbetrachtung - kein besonderes Problem darstellen. Bemerkenswert ist insofern die - von diesem insoweit unbeantwortet gelassene - Frage¹⁶² an den Grünen *Cohn-Bendit*, ob er (bei seiner Propagierung einer sog. multikulturellen Gesellschaft, *Anm.*) nicht klarmachen müßte, daß „Deutschland den Deutschen“ bereits so absurd sei, wie „Amerika den Indianern“. Schon US-Extremist *Theodore N. Kaufman* hatte in seiner berüchtigten Kampfschrift *Germany must perish* das Schicksal der nordamerikanischen Indianer vor Augen, wenn er meinte, die Umsetzung seiner liberalen, d.h. „humanen“ Sterilisierungsvorschläge und das dadurch bewirkte allmähliche Verschwinden der Deutschen aus Europa, die „Befreiung“ der Menschheit von den Deutschen, würde auf diesem Kontinent keine negativere Wirkung haben als das allmähliche Verschwinden der Indianer in (Nord-)Amerika.

¹⁶⁰ Im sog. Fall *Hohmann* findet sich in *spiegel-online* vom 11.11.2003 folgender Text über das, „was Hohmann in der Fraktionssitzung u. a. gesagt hat. 'Ich wehre mich gegen den wabernden Vorwurf, daß die Deutschen die Bösen der Geschichte sind. 'Ein Satz, den die Vorsitzende Merkel vehement entgegnet hat, wie Teilnehmer anschließend schilderten.“

¹⁶¹ Zu diesem Phänomen, s. *Hans-Helmuth Knütter*, *Deutschfeindlichkeit. Gestern, heute und morgen?*, 1991.

¹⁶² S. Interview in *Theater heute*, Nr. 11/93, S. 6.

Die dabei bewirkte Umpolung des Rassismus des 19. Jahrhunderts, was häufig als „Anti-Rassismus“ firmiert, hat eine einbindungsbedingt nachvollziehbare Vorgeschichte: Der Widerspruch in der US-amerikanischen Kriegspropaganda zwischen der internationalen Bekämpfung einer *master race*-Ideologie¹⁶³ und der *white supremacy* „at home“¹⁶⁴ hat nicht nur der amerikanischen Civil-Rights-Bewegung die entscheidenden Argumente geliefert, sondern dabei zu der erstaunlichen Konversion der „liberalen“, d.h. linken *Democratic Party* geführt: Diese Partei, die den demokratischen Rassismus des *Anglo-Saxonism* repräsentiert hatte, ist dadurch zur Partei der Afroamerikaner aufgestiegen, wobei nicht ausbleiben konnte, daß der *racial imperative* des amerikanischen Liberalismus eine multi-rassistische Umformung erfuhr: Amerika ist danach zur Weltmacht berufen, gerade weil es aufgrund der Rassenmischung die gesamte Menschheit in sich aufgenommen hat und diese damit am besten biologische- und theokratie-demokratisch repräsentieren kann. Dies macht dann das ursprünglich vom *Anglo-Saxonism* gerade wegen der Rassenmischung als demokratieunfähig verachtete Lateinamerika zum erstrebenswerten Modell und in der Tat meint der Schriftsteller *Carlos Fuentes*¹⁶⁵ durchaus in Übereinstimmung mit der „mestizistischen“ Ideologie des lateinamerikanischen Neo-Nationalismus: „Der Hauptbeitrag Lateinamerikas wird zukünftig von der Tatsache bestimmt, daß das 21. Jahrhundert eine Zeit Völkerwanderung, ein mestizisches Jahrhundert sein wird oder überhaupt keinen Bestand haben wird.“ Aufgrund dieses (anti-)rassistisch gewandelten *racial imperative* des US-Liberalismus läuft US-Hegemonie für die Europäer, vor allem für die Deutschen, auf eine aufgenötigte¹⁶⁶ Einwanderungspolitik hinaus, die vor allem in der Erzwingung des EU-Beitritts der asiatisch-islamischen Türkei¹⁶⁷ besteht.

Bei dieser handelt es sich seit den Reformen von Diktator *Atatürk*¹⁶⁸ um ein mit liberal-demokratischer Fassade ausgestattetes amerikafreundliches Militärregime, dessen Ideologie (zumindest bislang, d.h. bis zur Etablierung eines „gemäßigt“ islamistischen Regime wie es derzeit im Gange ist) eine Adaption des südamerikanischen Liberalismus / Positivismus darstellt und das dabei die Verbotsmethoden der „wehrhaften Demokratie“ der Bundesrepublik Deutschland¹⁶⁹ extensiv rezipiert hat.¹⁷⁰ Diese Einbindungspolitik ermöglicht den USA die

¹⁶³ So wurde die NS-Ideologie von den Angelsachsen begriffen, was aber vielleicht mehr über diese selbst als über das NS-Regime aussagt; nicht zufällig trägt nämlich eine noch jüngere Darstellung über die amerikanische Eugenik von *Edwin Black*, *War against the Weak*, 2003, den Untertitel: *Eugenics and America's Campaign to create a Master Race*.

¹⁶⁴ S. dazu *Heinrich Krieger*, *Das Rassenrecht in den Vereinigten Staaten von Amerika*, 1936, das deutlich werden läßt, wodurch die „Nürnberger Gesetze“ inspiriert worden sind; s. dazu den zweiteiligen Beitrag des Verfassers: **Von der amerikanischen Sklaverei zum bundesdeutschen Kampf gegen rechts – Metamorphosen des Rassismus**

Teil 1: **Die westliche Vorgeschichte des NS-Rassismus**

<https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2020/10/Die-westliche-Vorgeschichte-des-NS-Rassismus.pdf>

Teil 2: **Deutsche Nachgeschichte des westlichen Rassismus: „Bewältigung“ und „bunte Republik**

<https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2020/10/Bewaeltigung-und-bunte-Republik.pdf>

¹⁶⁵ S. *Kreolische Odyssee*. Das Drama Lateinamerikas und die Mythologie der Zukunft, in: *Lettre International*, dt. Ausgabe, Heft 56 I, 2002, S. 36 ff.

¹⁶⁶ Dabei wird die Bedeutung der NATO als ultraozeanisches Herrschaftsinstrument deutlich: Die Türkei hatte mit einem Veto gegen die Osterweiterung der NATO gedroht und um dieses abzuwehren, mußten die EU-Staaten innerhalb von nur zwei Jahren ihre Meinung dahingehend ändern, daß die Türkei den Aufnahmestatus für die EU erhielt, s. *Michael W. Weithmann*, *Atatürks Erben auf dem Weg nach Westen - Die Türkei im Spannungsfeld zwischen Nahost und Europa*, 1997, S. 445 f.

¹⁶⁷ S. dazu etwa, allerdings ohne den rassistischen Aspekt, *FAZ* vom 16.11.1997, *Ankaras amerikanische Karte*. Warum Washington auf eine EU-Mitgliedschaft der Türkei dringt.

¹⁶⁸ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Mustafa_Kemal_Atat%C3%BCrk

¹⁶⁹ S. dazu den 6. Teil zur Parteiverbotskritik: **Nähe zum türkischen Modell – das bundesdeutsche Parteiverbot im internationalen Vergleich der Verbotssysteme**

<https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2020/09/Parteiverbotskritik-Teil-6.pdf>

¹⁷⁰ S. dazu im einzelnen den 16. Teil zur Parteiverbotskritik: **Parteiverbot als Diktaturersatz. Kemalistisches Verbotskonzept als deutscher Bezugspunkt?**

Aufrechterhaltung des Anscheins eines nur informellen Imperiums, das im Unterschied zum förmlichen Kolonialsystem „nicht durch Zuwanderer aus dem fortgeschrittenen Land bevölkert wird“,¹⁷¹ sondern „selbst-bestimmt“¹⁷² „Einwanderungs-politik“ betreiben darf. Langfristig wird eine gewichtige Bevölkerung importiert, die gegebenenfalls unter Berufung auf Menschenrechte die die Menschheit vertretende ultraozeanische Hegemonialmacht zur moral-militärischen Intervention gegen die sich nur auf demokratische Bürgerrechte stützende einheimische Bevölkerung auffordert. Deshalb kann eine sog. „Integration“, d.h. - im Falle von Deutschland - eine „Germanisierung“ der „Migranten“ ideologie- und machtpolitisch gar nicht gewollt sein, weil es dann kein „Rechtsextremismus“-Problem mehr geben würde, das schon jetzt die permanente universalistische Moralintervention insbesondere durch die liberale Hegemonialmacht etabliert und was es deshalb aufrechtzuerhalten gilt.

Hinsichtlich der absehbaren Perspektiven sei nur auf die Beobachtung hingewiesen, daß bei einem Zusammentreffen einer Kultur, die sich im individualistischen Stadium befindet mit einer gemeinschaftsorientierten Kultur dies in der Regel zum Verschwinden der individualistischen Kultur führt,¹⁷³ zumal in Deutschland der VS-„Liberalismus“ dafür sorgt, daß den Deutschen eine stärkere Gemeinschaftsbildung, die üblicherweise einen Anstieg der Geburtenrate zur Folge hat, nicht als politische Option erlaubt wird. Die stärkere Gemeinschaftsbildung der „Migranten“ wird die Entwicklung zur Para-Staatlichkeit - nunmehr bereits als „Parallelgesellschaft“ angesprochen - fördern. Es ist dabei wenig wahrscheinlich, daß eine Rassenmischung, die der *racial imperative* des liberalen Universalismus irgendwie nahelegt, eine politische Lösung darstellen wird, da sich diese nicht einheitlich vollziehen und damit nur zu einer weiteren volklichen Segmentierung beitragen würde.

Als Beleg kann etwa Haiti¹⁷⁴ angeführt werden. Diese erste moderne, gewissermaßen afrikanische Republik, die durch revolutionären Liberalextremismus (Jakobinismus) in die Welt gesetzt worden ist, konnte bislang kein bleibendes demokratisches Regime errichten, weil sich Mulatten und Neger nicht als ein einheitliches Volk verstehen und somit der demokratische Prozeß nur als Formalisierung der Unterdrückung verstanden wird: „Gegen diese Art von populistischer Ideologie (der Mehrheitsbevölkerung, *Anm.*) hat der Vertreter der Zivilgesellschaft, Charles Baker, schon wegen seiner hellen Hautfarbe kaum eine Chance“, um einen Konfliktfall¹⁷⁵ eines „*failed state*“ zu erwähnen. Eine vergleichbare Konstellation hat nach allerdings etwas längerer Dauer zum Untergang des sich dem Liberalismus verpflichtet wissenden Regimes in Liberia¹⁷⁶ geführt, das einst auf Veranlassung der USA gegründet worden war und dabei deutlich macht, daß die Gegnerschaft zur Sklaverei durchaus rassistisch motiviert sein konnte.¹⁷⁷ Mit diesen Bezugsfällen könnte überhaupt die extremste Möglichkeit des politischen Universalismus, der in der Bundesrepublik als „Liberalismus“ verstanden wird,

<https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2020/09/Parteiverbotskritik-Teil-16.pdf>

¹⁷¹ S. dazu *Williams*, a. a. O., S. 59.

¹⁷² Wie „selbstbestimmt“ diese Politik angesichts der UN-Empfehlung ist, langfristig 188 Mio. Menschen einwandern zu lassen, sei dahingestellt, s. *FAZ* vom 12. 04. 2000, S. 15.

¹⁷³ S. dazu *M. Miegel / St. Wahl*, Das Ende des Individualismus. Die Kultur des Westens zerstört sich selbst, 1993, insbes. S. 144 f., wo die drei Optionen der individualistischen Gesellschaften auf die Herausforderung der gemeinschaftsorientierten genannt sind.

¹⁷⁴ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Politisches_System_Haitis

¹⁷⁵ S. *Hans Christoph Buch*, Todernstes Possenspiel. Ein exemplarischer Fall in der Reihe der „Failed States“: Haiti vor der Präsidentenwahl, in: *FAZ* vom 14.11.2005, S. 40.

¹⁷⁶ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Liberia#Der_Weg_zur_Staatsgr%C3%BCndung

¹⁷⁷ Das Schlagwort in den USA vor dem Bürgerkrieg von *free soil* bedeutete eben nicht nur „sklavenfreier Boden“, sondern vor allem „ negerfreier Boden“: „The conclusion is clear: the typical American was opposed to slavery but equally opposed to including black persons as part of the people of the United States“; so die Zusammenfassung der unterschiedlichen Äußerungen in der Zeit von der Gründungsphase der USA bis zum Sezessionskrieg von *Walter Berns*, *Taking the Constitution seriously*, 1987, S. 56.

angedeutet sein: „Die Zukunft liegt in Afrika. Warum Staatszerfall und Rückkehr der ‚konzentrischen Ordnung‘ auch den Westen betreffen.“¹⁷⁸

Damit dürfte auch klar werden, was nicht nur langfristig die freiheitliche demokratische Grundordnung fundamental bedroht, da beim Staatszerfall, wenn nicht schon lange davor, offensichtlich auch diese Ordnung endet! Dieser Staatszerfall wäre dann die letzte Konsequenz eines verfassungsfeindlichen Liberalismus.

Für Einführung einer liberalen Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland

Aufgrund der aufgezeigten extremistischen Möglichkeiten der Liberalismus-Idee wäre es völlig falsch, den Liberalismus von der VS-Beobachtung auszunehmen, sollte man die Ideendiskriminierung, ja -unterdrückung mit den Parteiverbotsentscheidungen des Bundesverfassungsgerichts weiterhin für grundgesetzkonform halten. Im Falle des deutschen Nationalismus wird die amtliche Verdachtsstrategie in der Tat praktiziert, wobei allerdings staatlicherseits die Berufung auf die liberale Tradition bei Verkennung des Persönlichkeitsrechts und des Individualismus von dessen Anhängern im Interesse eines amtlichen Selbstverständnisses nicht wirklich anerkannt wird: Unter Verdacht steht dann im Falle von FPÖ oder Bund freier Bürger und nunmehr vor allem hinsichtlich AfD nicht der Liberalismus, sondern der deutsche Nationalismus. Bei dem (linken) Restliberalismus, der dann amtlich als - eigentlicher - Liberalismus anerkannt wird, wird kein „Extremismus“ gefunden, weil sich dann schon die bundesdeutsche Verbotspraxis und der darauf basierende „Verfassungsschutz“, die diesem (Links-)„Liberalismus“ eine ideologische Vorrangstellung einräumen, welche an die Position des Sozialismus im DDR-Recht gemahnt, gewissermaßen selbst des Extremismus bezichtigten müßten.

Gerade aus klassisch-liberaler Sicht stellt sich nämlich in der Tat die Frage: „Ist der Verfassungsschutz verfassungswidrig?“¹⁷⁹ Diese Frage kann wiederum nur dann verneint werden, wenn man gerade bestreitet, daß das Grundgesetz eine liberale Verfassung darstellt,¹⁸⁰ obwohl es doch den „Liberalismus“ schützt. Des Rätsels Lösung der besonderen bundesdeutschen demokratischen Staatsform, „für die wir noch die richtige Vokabel suchen“,¹⁸¹ könnte dann darin bestehen, daß vermutlich - bedingt durch Historie und fortwirkender „Einbindung“ - der universalistische Linksliberalismus und die aus ihm hervorgegangenen politischen Richtungen¹⁸² sich vor dem nationalen Rechtsliberalismus und den aus diesen hervorgegangenen oder beeinflussten politischen Strömungen wie dem Konservatismus¹⁸³ mit staatlichen Mitteln schützen dürfen. Doch ist dies liberal oder nicht vielmehr extremistisch?

¹⁷⁸ S. dazu *Trutz von Trotha*, Die Zukunft liegt in Afrika, in: *Die Zeit* vom 10.08.2000, S. 9, der annimmt, daß „der moderne Staat seinen Zenit überschritten“ hat, weshalb „Afrika mehr über uns selbst und unsere Zukunft“ aussagt „als uns lieb sein kann“.

¹⁷⁹ So immerhin *Brodkorb*, a. a. O., S. 116.

¹⁸⁰ So derselbe, S. 113.

¹⁸¹ So *Dürig / Klein*, in *Maunz / Dürig*, Kommentar zum Grundgesetz, Rdnr. 10 zu Artikel 18 unter 4.

¹⁸² In der Tat wird nunmehr ja weitgehend das KPD-Verbot als Fehlurteil angesehen, wie die Kritik der damaligen Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts an diesem Urteil zeigt (s. *FAZ* vom 20.08.1996: Frau Limbach würde die KPD heute nicht mehr verbieten), während sie sich über das viel problematisiere SRP-Urteil völlig ausgesprochen hat: Freie Verhältnisse sind erst erreicht, wenn ein Präsident des Bundesverfassungsgerichts äußern würde, falls er es dürfte, heute auch oder gerade die SRP nicht mehr verbieten zu wollen.

¹⁸³ Letztlich sind alle modernen politischen Strömungen aus dem Liberalismus hervorgegangen, mit Ausnahme des Konservatismus, der ursprünglichen Gegenbewegung zum Liberalismus, der sich jedoch vom (National-) Liberalismus beeinflussen ließ als der Liberalismus seine extremistischen Ansätze an den Sozialismus abgeben hatte.

Um eine klare Antwort zu bekommen, dürfte man nicht umhinkommen, die Forderung aufzustellen, in der Bundesrepublik Deutschland endlich mit dem Liberalismus ernst zu machen: Man verwirklicht eine normale westliche Demokratie, indem man (dies wäre der ambitionierteste Ansatz) etwa das Grundgesetz gemäß seinem Schlußartikel 146 durch Überwindung der „Einbindung“ zu Ende¹⁸⁴ führt. Wesentlicher Aspekt ist die Abschaffung des illiberalen, sich aber unter Berufung auf den „Liberalismus“ rechtfertigenden „Verfassungsschutzes“! Der bundesdeutsche Verfassungsschutz steht nämlich im klaren Gegensatz zum „westlichen“ Liberalismus. Wer daher in Deutschland wirklichen Liberalismus will, muß den „Verfassungsfeind“ überwinden: „Trotz allem ist es möglich, sich von der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu emanzipieren. Mit diesem vielleicht irritierenden, doch am Ende befreienden Gedanken wird man sich eines Tages schon vertraut machen. Bis dahin bleibt jedermann irgendwie eines anderen Verfassungsfeind.“¹⁸⁵

Die Einführung einer liberalen Demokratie des Westens in der Bundesrepublik Deutschland wird jedoch nicht mit der sich selbst als „liberal“ einstuftenden FDP zu verwirklichen sein. Dazu benötigt man eine wirkliche politische Alternative für Deutschland! Wird dies die „Alternative für Deutschland“ rechtzeitig begreifen?

Hinweis:

Der Beitrag stellt auch eine Ergänzung zur jüngsten Veröffentlichung des Verfassers dar, die der AfD empfiehlt, die gegen sie gerichtete Verfassungsschutzpolitik mit dem Ziel zu bekämpfen, in der Bundesrepublik Deutschland eine liberale Demokratie des Westens zu verwirklichen. Dies wäre eine hinreichende Existenzberechtigung für diese Partei und Garantie dafür, ein Scheitern im Interesse eines wirklichen Liberalismus abzuwehren.

¹⁸⁴ S. dazu den 1. Teil der Beiträge zur Verfassungsdiskussion: **Zur Bedeutung von Artikel 146 des Grundgesetzes** https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2020/09/Verfassungsdiskussion_Teil-1.pdf

¹⁸⁵ So *Horst Meier*, Überwindet den „Verfassungsfeind“. Das Grundgesetz ist gegenüber seinen Gegnern illiberaler, als es nötig wäre, in: *Die Welt* vom 21.05.1990: http://www.welt.de/print-welt/article571932/Ueberwindet_den_Verfassungsfeind.html

Josef Schüßburner

Scheitert die AfD?

Die Illusion der Freiheitlichkeit
und die politische Alternative

